

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mt., bei Plavorschrist 3.— Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mt., Reklame-Kolonelle 10.— Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Abiegung der Habsburger beschlossen.

Budapest, 6. November. Die Nationalversammlung hat heute einstimmig in dritter Lesung den Gesetzentwurf über den Verlust der Herrscherrechte des Erzherzogs Karl und das Erbschaftsrecht des Thronfolgerechtes des Hauses Habsburg angenommen.

Budapest, 7. November. (U.) Nach Schluß der Plenumsitzung über die Entthronung der Habsburger kam es in den Verhandlungen zu einer Verständigung zwischen dem tschechischen Abgeordneten Smrecnjani und dem Abgeordneten Gabriel Bentk. Bentk hatte in der Sitzung der Nationalversammlung den Zwischenruf gemacht: „Karl war der erste Deserteur, denn er hat als erster das Land verlassen!“ Smrecnjani zog Bentk nun nach Schluß der Sitzung deshalb zur Verantwortung und verurteilte ihn einige Mautschellen. Bentk wollte sich zur Wehr setzen, jedoch warfen sich einige Abgeordnete dazwischen. Nun zog Bentk einen Revolver aus der Tasche und wollte auf Smrecnjani feuern. Die Waffe wurde ihm jedoch von Freunden Smrecjanis aus der Hand entwunden.

Antwort der Bolschewikerkonferenz an die Tschechoslowakei.

Prag, 5. November. Freitag abend erschienen beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch die Gesandten der alliierten Mächte, um ihm die letzte Entschliessung der Bolschewikerkonferenz als Antwort auf die Note der tschechoslowakischen Regierung mitzuteilen. Sie lehnten die tschechoslowakische Regierung von der Note an Ungarn in Kenntnis und teilten mit die Bolschewikerkonferenz erwarte, daß durch die Unterwerfung Ungarns unter deren Bedingungen alle Befürchtungen der Ungarn benachbarten Staaten beseitigt würden. Die Bejahung einer Entschliessung für die Mobilisierung müsse gegebenenfalls nach den Forderungen rangieren, die sich aus dem Vertrag von Trianon ergeben.

Der Kampf um Westungarn.

Wien, 6. November. Eine Zeitungs-Korrespondenz erzählt von wohlinformierter Seite: Ein Teil der Banden in Westungarn benimmt sich an der Trianoner Grenze zu konzentrieren. Der größte Teil verbleibt jedoch in Westungarn, wo er eine rege Tätigkeit entfaltet. Unter Hinweis auf das Protokoll von Venedig verlangte die österreichische Regierung bei Festlegung der Bestimmungen für die Volksbefragung in Oedenburg in zweifelhafte Weise mitwirken zu können, was nur auf Grund von Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung und den Parteien bzw. der ungarischen Regierung möglich ist. Das österreichische Außenamt hat hierzu die nötigen Schritte bereits unternommen, die ungarische Regierung hat aber die ganze Angelegenheit hinsichtlich behandelt und sucht nun allem Anschein nach denjenigen Teil der Banden, der ihrem Einfluß untersteht, zum Abzug zu bewegen, um durch die Generalkommission die Pazifizierung des Landes feststellen zu lassen und derart Österreich in der Frage der Volksabstimmung zu überrumpeln. Die österreichische Regierung hat unverzüglich gegen dieses Vorgehen Stellung genommen und den Hauptmächten und Ungarn die amtliche Mitteilung zugehen lassen, daß sie einer solchen Taktik gegenüber sich zu der Annahme veranlaßt sehen müsse, daß Ungarn die Grundlagen der Venediger Vereinbarung verletze, was deren Umwandlung in einen den österreichischen Staat bindenden Vertrag äußerst erschweren würde. Die Entscheidung ist in wenigen Tagen zu erwarten.

Oberst Behar in Deutschland?

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Berliner Montagopost mitteilt, traf gestern bei der Familie des Komponisten Franz Lehár in Wien die Meldung ein, daß sein Bruder, der Oberst Behar, der als der militärische Führer des letzten Staatsreiches von der Budapestischer Staatsregierung politisch gesucht wird und gegen den ein Haftbefehl erlassen ist, bei Komorn die Donau durchschwommen habe und über Prag an die bairische Grenze gelangte, die er ebenfalls überschreitet. Die Meldung sei allerdings vorläufig noch nicht bestätigt.

Neue Kriegsgefahr im Osten?

Moskau, 5. November. (O.E. Funkpruch.) Im Augenblick des endgültigen Abchlusses des russisch-polnischen Abkommens verlangt die polnische Militärleitung von neuem den Friedensvertrag zu verfechten. Pottjura-Abteilungen sind plötzlich von polnischer Seite vorgerückt, über die ukrainische Grenze vorgezogen und haben Kaffatyn und Korodol besetzt. Bei Kamenez-Podolsk finden Kämpfe statt. Die Pottjura-Truppen versuchen, sich in den Besitz der Eisenbahnlinie zu setzen, um den Vormarsch auf Kiew zu beginnen. Aus Polen folgen den vorrückenden Pottjura-Abteilungen neue Formationen, die in polnischen Zügen besetzt werden.

Riga, 5. November. (O.E.) In den Kreisen der Sowjetregierung wird, nach einer Moskauer Meldung, von einem neuen Angriffskrieg Polens gegen die Sowjetrepublik gesprochen. Man meint, daß Polen beabsichtige, dadurch die durch die Anerkennung der alten Auslandschulden sich anbahnende Verständigung Sowjetrußlands mit den Großmächten gewaltfam zu durchkreuzen.

England und das französisch-türkische Abkommen.

U. Paris, 7. November. Aus London wird dem Petit Parisien gemeldet, daß zwischen London und Paris Verhandlungen eröffnet werden, um festzustellen, inwieweit die englischen Einwände gegen den Vertrag von Angora berechtigt sind, und um Differenzen beizulegen. Von verschiedenen Seiten wird vorgeschlagen, die Angelegenheit der Bolschewikerkonferenz oder dem Völkerbundsrat zu überweisen.

Die Bedingungen der Industriellen.

Berlin, 5. November. Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat nach sechsstündigen Verhandlungen nachstehende Erklärung einstimmig beschlossen:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ermächtigt seinen für die Behandlung der Angelegenheit der Kredithilfe eingesetzten Ausschuss, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken die Verhandlungen mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reichs für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen:

Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen nicht voll beschäftigten Kräfte sicher zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Industrie muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen Unternehmungen gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung und Tilgung des geplanten Gelddarlehens ausreichen und die sehr vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten.

Es wurde weiter beschlossen, daß, wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kredithilfe vorliegt, eine Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie damit befaßt werden soll.

Der österreichische Staatshaushalt.

150 Milliarden Kronen Defizit.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Politische Korrespondenz schreibt aus Wien: In der Dienstags-Sitzung des Nationalrates wird die Bundesregierung das Budget für 1922 einbringen, das ein Defizit von ungefähr 150 Milliarden Kronen aufweist. Die über das Finanzprogramm der Regierung schwebenden Verhandlungen seien zum großen Teil abgeschlossen und es könne als ein Zeichen des Vertrauens des Auslandes gewertet werden, daß es zum ersten Male ohne besondere Sicherstellungen gelungen sei, die Getreideversorgung und auch einen großen Teil der übrigen Lebensmittel auf mehrere Monate hinaus zu gewährleisten.

Gegen den Rüstungswahn in.

Aus London wird berichtet: Im Unterhaus fand eine Aussprache über die Konferenz in Washington statt. Bei Einbringung einer Entschliessung, in der erklärt wird, das Unterhaus stimme der internationalen Konferenz in Washington warm zu und vertraue darauf, daß die größten Anstrengungen gemacht werden, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die eine wesentliche und fortwährende Abschwächung der drückenden Rüstungslasten sichere, sagte der Arbeiterführer Clynes, eine Generation und vielleicht mehr sei notwendig, um die im Kriege erlittenen Verluste wieder gutzumachen. Der Bäckerbund sei für seine Zwecke unvollständig. Wenn die Konferenz nicht den Rüstungen auf den Grund gehe, so bestehe wenig Hoffnung auf eine Verminderung der Rüstungen. Durchschnittlich würden 20 Prozent der Staatsausgaben zur Aufrechterhaltung der Rüstungen und neuen Kriegsvorbereitungen verwendet. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel habe bewiesen, daß die Welt sich diese Ausgaben nicht leisten könne. Im letzten Kriege seien 9 Millionen Menschen getötet und 30 Millionen zu Krüppeln gemacht oder verwundet worden. Der Krieg habe den Nationen, die daran teilnahmen, nicht weniger als 50 Milliarden Pfund gekostet; für England hätten die Kosten 8 Milliarden Pfund betragen. Es gebe keine größere Verschwendung als die Aufrechterhaltung von Heeren und Flotten, und keine bessere Gelegenheit zur Herabsetzung der Ausgaben sei den Staatsmännern und Wirtschaftlern geboten als die augenblickliche. Die Welt brauche ein Beispiel. Man habe Deutschland die Vorteile vor Augen gehalten, die sich für dieses Land ergeben und die es in den Stand setzen würden, die Reparationen zu zahlen, wenn es keine kostspielige Flotte und kein kostspieliges Heer zu unterhalten brauche. Wenn die Alliierten diese Lehre predigten, so müßten sie sie auch auf sich anwenden. Der nächste Krieg werde Frauen und Kinder nicht weniger töten und verwunden als Männer und vielleicht die Zerkünder der Zivilisation bedeuten. Man habe von einer furchtbaren neuen Kluftigkeit gehört, von der drei Tropfen, auf die Haut gebracht, genühten, um den Tod zu bringen und die in großen Mengen hergestellt werden könne. Es sei erklärt worden, daß Flugzeuge, die diese Kluftigkeit mit sich führten, die Bevölkerung einer ganzen Stadt in wenigen Stunden töten könnten. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Unterhauses erklärte Sir Robert Cecil, ein Mitarbeiter der Washingtoner Konferenz würde eine furchtbare Katastrophe bedeuten. Die von Clynes eingebrachte Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Rücktrittsabsichten Lloyd Georges?

London, 7. November. (U.) Der Daily Express erklärt, daß Lloyd George im Falle des Scheiterns der Verhandlungen mit Moskau seine Demission einreichen werde. Auch der größte Teil seiner Mitarbeiter werde seinem Beispiel folgen.

Es ist erreicht.

Berlin, 5. November. Der Landtag hat in seiner heutigen Abend-Sitzung den Mehrheitssozialdemokraten Otto Braun mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Das neue preussische Ministerium wird folgende Zusammensetzung finden:

- Präsident: Otto Braun (Soz.),
- Landwirtschaft: Dr. Wendorf (Dem.),
- Inneres: Severing (Soz.),
- Handel: Siering (Soz.),
- Unterricht: Dr. Voelck (D. Sp.),
- Finanzen: Dr. v. Richter (D. Sp.),
- Justiz: Dr. am Tschhoff (Zentr.),
- Wohlfahrt: Stegerwald (Zentr.) (?)

Stinnes triumphiert. Das Eis ist gebrochen. Die Rechtssozialisten haben den Pakt mit der Deutschen Volkspartei unterzeichnet. Damit ist der Wendepunkt in der Orientierung der Rechtssozialisten eingetreten, der auf Grund des Görtzler Beschlusses zu erwarten war. Severing und Braun zieren erneut die Sessel der preussischen Ministerien. Zwei Volksparteiler werden mit ihren großkapitalistischen Interessen das Belagewicht an den Seiten der rechtssozialistischen Koalitionsfreunde bilden. In Kassel hat sich Scheidemann über die neue Koalition verbreitet, und nicht nur darüber. Er besprach den häufigen Regierungswechsel überhaupt und sagte: Dies sei lediglich ein Symptom der schweren Krankheit unseres Volkes, wir letzten fort-dauernd im Fieber. Bei einem fieberkranken Menschen sei es dem Arzte bekannt, wann die Krisis eintreten werde.

Wir nähern uns ganz gewiß dem Zustande der Krisis. Die Entwertung der Mark geht mit Riesenschritten vorwärts und kein Mensch vermag heute zu sagen, wo der Sturz der Valuta sein Ende finden wird. Bankrottgerüchte laufen in der ganzen Welt umher, und selbst ein amtierender Reichsminister, Dr. Gessler, hat sich die Verbreitung derartiger Meldungen angelegen sein lassen, indem er am gestrigen Sonntag in Dresden erklärte, alle Spähen der Welt pfeifen bereits von den Dächern, daß wir in absehbarer Zeit nicht mehr zahlen könnten. Ohne tiefere Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge haben sich diese Gerüchte in weiten Kreisen des Volkes in die bekannten Ausverkauferscheuungen umgemünzt. Man ergibt sich in das scheinbar unvermeidliche und sucht zu retten, was noch zu retten ist. Diese Symptome sind, wie Scheidemann sagt, untrüglich. Die Vereinerblichung der Arbeiterklasse wird immer größer, Kartoffeln sind nicht mehr zu kaufen, selbst wenn das Geld dazu vorhanden wäre. So steht es mit Kohlen, Butter, Milch und allen übrigen Artikeln.

Das sind die Symptome hochgradigen wirtschaftlichen Fiebers. Es erhebt die Frage, welche Maßnahmen anzuordnen seien, damit der kranke Wirtschaftskörper die Krisis überwindet. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zu ihrer Überwindung als unfähig erwiesen und die kapitalistischen Profitinteressen verhindern den Wiederaufbau der Wirtschaft im Sinne der Allgemeinheit. Das Kapital war nur imstande, durch den Krieg niederzulegen, vermag aber nicht aufzubauen, sofern seine Gewinninteressen dabei in Frage gestellt werden. Der Sturz der Valuta ist nur einzudämmen, wenn wir imstande sind, unsern Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn es uns gelingt, die Notenpresse zum Stillstand zu bringen, wenn es uns ferner gelingt, den besten Willen zur Begleichung der Entente-forderungen zu zeigen. Woran scheitern alle diese Reformen? An der Tatsache, daß die Kapitalistenklasse auch in dem Krisenzustande des deutschen Volkes nur ihre eigenen Interessen sieht und nicht das Interesse der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen vermag.

Die Arbeiterklasse wird durch Lasten aller Arten bereits erdrückt. Dazu kommen die neuen Steuervorlagen, die in ihren Wirkungen zum weitaus größten Teil auf die Einkommen der Arbeiterklasse eingestrichelt sind. Alle Finanzfachverständigen sind der Auffassung, daß aus den Reihen der arbeitenden Bevölkerung nichts Wesentliches mehr zu holen ist, so daß zuletzt nur noch die besitzenden Klassen in Frage kommen, die durch eine starke Belastung der Goldwerte den Zusammenbruch verhindern könnten. Sowie schon heute fest, daß an dem Widerstand der besitzenden Klassen eine rationelle Erfassung der Goldwerte scheitern wird, so daß wir mangels der erforderlichen Mittel, unsere Wirtschaft erneut stützen zu können, dem Ruin mehr und mehr entgegengehen. Wir gehen an dem Klassenegoismus der Besitzenden zugrunde. Sie posen auf ihr Vinsengericht der Erstgeburt und fragen den Teufel danach, was aus dem deutschen Volke werden wird. Wenn daher Scheidemann von der Krisis spricht, in der wir uns befinden, dann sollte er als Volks-wirtschaftler und Sozialdemokrat bestrebt sein, das Heilmittel zu suchen, durch das der kranke Körper der Genesung entgegengehen kann. Es gibt aber nur ein Serum gegen den Klassenindividualismus der Besitzenden. Das ist die Zusammenfassung aller Pro-

duktionsmittel im Interesse der Volksgesamtheit und die Produktion nach streng geregelter Bedarf, der Sozialismus. Er allein wird imstande sein, die Krisenzustände in Permanenz zu beheben.

Anstatt dem Sozialismus auf die Beine zu helfen, verbündete sich in Preußen die Partei Scheidemanns mit dem entschiedensten Gegner des Sozialismus, dem Industrie- und dem Finanzkapital. Glaubt man etwa, damit das Elter ge sunden zu haben, den Krisenzustand zu beheben? Wir sehen es bei den vieldauernden Verhandlungen über das Kreditabkommen mit der Industrie allzu deutlich, daß diese nur darum ihre Bereitschaft zeigte, Opfer zu bringen, um politischen Gewinn daraus zu schlagen. Wäre es den Industriellen ernst, dem deutschen Volke in seinen Nöten zu helfen, dann hätte das Abkommen längst zum Abschluß gebracht werden müssen. In Wirklichkeit vertreten auch hier wieder die Stimmlosen nur ihre persönlichen Kapitalinteressen, sie fragen den Teufel danach, ob das deutsche Volk dabei zugrunde geht. Zwar ist es den Rechtssozialisten anlässlich des Koalitionsbeschlusses noch nicht ganz wohl. Immerhin glauben sie, Stinnes und die deutsche Volkspartei überlisten zu können. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Haltung der Volkspartei wird nicht bestimmt von dem guten Willen des einen oder anderen ihrer Führer, sondern von dem Interesse der großkapitalistischen Klasse. Sie ist bemüht, den Besitz zu schützen, und auch weiterhin ihre Riemen aus der Haut der Arbeiterklasse schneiden zu können. Das sind die Illusionen, die sich die rechtssozialistischen Politiker machen: Die Klasseninteressen einer jeden Partei sind ausnahmslos für ihre Haltung in der Politik.

Die rechtssozialistischen Arbeiter werden im übrigen nachzuprüfen haben, ob die Braun und Severing — man sagt, daß sie nur die Marionetten von Wels und Müller seien — die Bedingungen, die in Görlich festgelegt wurden, von der Volkspartei bewilligt bekommen. In Görlich wurde verlangt: Sicherung der Republik, Reinigung des Beamtenkörpers, Umstellung der Justiz und Erfassung der Sachwerte. Wir haben bisher von diesbezüglichen Zugeständnissen der deutschen Volkspartei nichts gehört. Die Rechtssozialisten aber sind verpöhlert, zu erklären, wie sich die Leute um Stinnes zu diesen Bedingungen geäußert haben. Es ist nicht zu erwarten, daß sie in der Frage der Sachwerte oder auch in Bezug auf Sicherung der Republik mehr als einige fadenförmige Zugeständnisse gemacht haben. Dafür bürgen schon die Personen, die gegenwärtig als Vertreter Stinnes in das Ministerium ihren Eingang hielten. Von ganz besonderem Geiste befeuert ist der neue Minister des Unterrichts Dr. Boelck, der noch in den Tagen des Preußen-Wahlkampfes seinem monarchistischen Herzen vollständig freien Lauf ließ. Er entwickelte folgendes Kulturprogramm: „Preußen darf sich nicht aufgeben, der kommende Staat muß sich gründen auf dem festen Fundament der Kaiseridee, die noch immer in den Herzen der Besten unseres Volkes schlummert.“ Gewiß, Haenisch hat als Kultusminister manches versäumt, aber gegenüber Haenisch ist dieses neue Programm von Kultusminister eine ganz besondere „Erzungenheit“ der Republik. Preußen soll nach seiner Auffassung der Hort der Ordnung und des Rechts werden, „der alte Geist Preußens, der Geist Potsdams muß und wird wiederkehren“. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist sein Schulprogramm diktiert, und es wäre nicht verwunderlich, wenn an Stelle der Befestigung der Kaiser- und Königslegenden in den Lehrbüchern in kurzer Zeit der Drill des Paradezugs in den Schulen angeordnet würde. Der neue Finanzminister Dr. v. Richter wird als ein guter Verwaltungsbeamter geschildert, der voll und ganz befeuert sei vom Geiste der Deutschen Volkspartei. Er wird sein Meßband dazu beitragen, daß die Besteuerung der Sachwerte verhindert wird. Der Einfluß Preußens bei der Gestaltung der Steuervorlagen ist zwar nicht von ausschlaggebender Bedeutung, immerhin aber wird der Reichsfinanzminister über die Haltung des preussischen Finanzministers nicht hinwegkommen können.

Von Interesse ist übrigens die Tatsache, daß hinter den beiden Volkspartei-Ministern nicht die gesamte Volkspartei steht. Es wurden bei den Wahlen etwa 30 weiße Stimmzettel abgegeben, von denen der Vorwärts berechnet, daß sie zum Teil aus den Kreisen der Stinnespartei stammen. Der Vorwärts konstatiert denn auch mit besonderer Freude — da er sonst für den ebenso plötzlichen wie unbegründeten Umfall der Rechtssozialisten nichts anderes anzuführen vermag —, daß damit die Spaltung in der Volkspartei offenbar geworden sei.

v. Gerlach über die verbreiterte Koalition.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Welt am Montag schreibt Herr v. Gerlach, bei der gegenwärtigen furchtbaren Lage des Reiches müßte eine Einheitsfront für die Forderung der Besteuerung der Goldwerte die einzige Lösung des Tages sein, an ihr würde sich selbst ein so massiver Trost wie Stinnes den Schädel einrennen. Statt dessen beschließen die Sozialdemokraten in Preußen die Zustimmung zur großen Koalition. „Mit einer schwerindustriellen und monarchistischen Partei will man die Verwaltung demokratisieren, die Polizei republikanisieren, die Hörszöllner kastrieren, die Junker in Schach halten und vernünftige Steuern machen? Mit so lächerlichen Scherzen sollten uns die mehrheitssozialistischen Befürworter der großen Koalition doch wirklich vom Verstand treiben.“ Otto Braun habe sich zwar manche Verdienste erworben, aber er sei als Vertrauensmann der Linken gegangen und er käme wieder auf Vorschlag der Volkspartei. Zur Charakterisierung des neuen Kultusministers teilt v. Gerlach mit, daß Herr Boelck auf dem Potsdamer Preuentag in diesem Jahre eine Rede gehalten habe, die ein einziger Hymnus auf die Hohenzollern, auf Rahr-Bayern und auf den Geist von Potsdam gewesen sei. Der Sieg von Stinnes in Preußen sei nur die Vorstufe seines Triumphes im Reich.

Der König ist tot! Es lebe der König!

A. P. Nach all den pompösen Vorbereitungen, die zur Befestigung des ehemaligen bayerischen Königs paares in München getroffen waren, durfte man mächtige militärische und monarchistische Demonstrationen erwarten. Und diese Erwartung erfüllte sich in vollstem Maße. Wer diesen bunten Trauerzug gesehen hat, der wußte: Die Republik ist in Bayern leerer Schall und Rauch, die Monarchie lauert im Hintergrunde! Der ganze ehemalige bayerische Hofstaat und das bunte Geflügel der

vorriegssozialistischen bayerischen Armee im Paradezug mit weißen roten und schwarzen Helmbüchsen und der heute geradezu jahrelang anmündende Wuchs der Studentenkorps, die ganze Herrlichkeit des alten Systems marschierte wieder auf. Bezeichnend für die Geistesverfassung der Organisatoren des monarchistischen Aufzuges — auch bayerische Minister und der frühere Ministerpräsident von Kahr hatten sich an den Vorbereitungen beteiligt — war die Tatsache, daß erst das Militär, Offiziersvereinigungen und Reichswehr kam, die sogenannten vaterländischen Vereinigungen und sonstigen Kriemildvereine, und ganz hinten erst tauchten verschleierte Vertreter der Landes- und Reichsbehörden auf. Was aber allgemeines Erstaunen erweckte und von den Arbeitern nicht verstanden werden kann, war die Beteiligung des sozialdemokratischen ersten Bürgermeisters von München, Eduard Schmidt, behängt mit der goldenen Amtskette. Ein gesundes Taktgefühl hätte ihm sagen müssen, daß er als Sozialist bei einer solchen Feler nichts zu suchen hat.

Zwei Stunden dauerte der Vorbereitungs des Tages. Fast die gesamte Reichswehr Münchens war beteiligt, eine Anzahl von Offizieren aller Waffen- und Rangordnungen in Paradeuniform, hohe Justizbeamte und selbstverständlich die Geistlichkeit. Ein recht eigenartiges Bild war es, hinter der Ehrenkompanie der Reichswehr, die mit aufgeschlagenem Bajonett im Paradeschritt dem Sarg vorausmarschierte, hohe kirchliche Würdenträger zu sehen. Die Bajonette und die Kirche für wahr, eine treffliche Charakteristik bayerischer Politik. Eine große Zahl von Generälen marschierte mit und der künftige König von Bayern, Exkronprinz Ruprecht, in voller Uniform mit dem Marschallstab zeigte sich in „königlicher“ Haltung dem gaffenden Volk. An die Reichswehr und Freikorpsführer sah man wieder, die mit ihren weißen Gardien in den Wallagen 1918 München „erobert“ hatten. Die Fahnen der ehemaligen Königsregimenter wurden mitgeführt. Abordnungen aus allen bayerischen Garnisonen der Reichswehr waren erschienen und selbst die technische Organisation der bayerischen Konturrevolution, der Münchner „Notbann“ marschierte in unmittelbarer Nachbarschaft mit den Erbschaftsorganisationen der „aufgelassen“ Einwohnerwehr, den „Vaterländischen Vereinigungen“ der Münchner Stadtbezirke, Freikorps „Oberland“, Marinebrigade Ehrhardt und sonstige rechtssozialistische Organisationen hatten ihre Leute im Zuge, kurz, die gesamte bayerische militärische und politische Konturrevolution hatte sich verlammt und demonstrierte aufdringlich für den Militarismus und die Monarchie!

Posaunenbläser, Rauchpfannen und Böllerschüsse gaben der monarchistischen Feler die nötige Weiche, und Sängerkörpe und Schulkinder waren auf dem Königsplatz aufgestellt, um den Zug bei seinem Eintreffen zu begrüßen. Es fehlte nichts, um die Feiere so prunkvoll zu gestalten, wie es zu Zeiten des Königtums üblich war. Im Dom hatten sich eine Anzahl Fürsten und Prinzen versammelt. Es waren erschienen der König von Bulgarien, der Infant Ferdinand Maria von Spanien, Prinz Eitel Friedrich von Preußen und die ganze bayerische Königsfamilie. Die bürgerliche Presse brachte Vobgefänge aus das Haus Wittelsbach. Ein literarisches Blatt ließ auf den Straßen Freizeigepiere verteilen mit einem wüsten Heharsch gegen die Revolution und mit Vorwürfen gegen die Monarchisten, die im November 1918 ihren König gegen einen Juden verkauft hätten. Die Monarchisten hatten einen großen Tag. Um ihrer Befestigung Lust zu machen, rissen sie die Versammlungsplätze der U.S.P. ab, auf denen den deutschen Fürsten ihre Verbredchen am deutschen Volke vorgehalten wurden. Die Wafate rebeten ihnen zu scharf ins Gewissen. Das konnten sie an ihrem Glanztag nicht vertragen.

Die ganze Demonstration war nichts anderes, als der prunkvolle Aufzug der Vertreter des monarchistischen Gedankens, die zeigen wollten, wie stark sie sind, die auch zeigen wollten, daß das Militär auf ihrer Seite steht. Die Putschführer sind durch den Mißerfolg des Habsburgers abgelehnt und beruhigen sich für diesmal. Sie wollen eine günstige Gelegenheit abwarten. Sie wollen vielleicht einen kleinen Linksputsch provozieren und dann ihr monarchistisches Blütschön machen, um so als Ketter vor der „roten Flut“ zu erscheinen. Die Befestigungsfelder des ehemaligen bayerischen Königs paares hat gezeigt, daß die monarchistische Gefahr in Bayern im Wachsen ist. Sie löste eine ernste Mahnung sein für das bayerische Proletariat. Wege zu suchen, die zu gemeinamem Handeln führen. Die Reaktion kann nur stark werden, wenn das Proletariat zerpfittet ist. Sie zerläßt in nichts und muß im Falle einer Aktion auf Grantt helfen, wenn ihr der geschlossene Wall eines einzigen Proletariats entgegensteht. Dem Rufe der Monarchisten: „Es lebe der König!“ müssen die Arbeiter entgegenhellen den Ruf: „An die Arbeit, zur Vorbereitung der Einigung des Proletariats!“

Ruprecht fühlt sich als bairischer König.

Der bayerische Exkronprinz Ruprecht hat sich von der monarchistischen Demonstration anlässlich der Befestigung seiner Eltern in München beruhigen lassen und fühlt sich bereits als künftiger König von Bayern. Wie zu Königs Zeiten läßt er durch das Hofmarschallamt eine Dankagung an das bayerische Volk ergehen für die vielen Beweise der Teilnahme und der Treue zum Königs haus. Dabei klagt er über die „Preisgabe von wesentlichen, für das Bestehen des bayerischen Staates unentbehrlichen Rechten“. Und zum Schluß bringt er unumwunden zum Ausdruck, daß er nun König von Bayern sei. Denn was soll es sonst heißen, wenn er verkündet: „Eingetreten in die Rechte meines Vaters... Die in den letzten Tagen mir zum Ausdruck gebrachten Gefühle berechtigen zu der Hoffnung, daß das bayerische Volk, seinem gesunden Sinn entsprechend, aus seiner jetzigen Bedrängnis sich mit Gottes Hilfe wieder emporringen wird.“ Er unterzeichnet nicht mehr als Kronprinz, sondern nur mit dem Namen Ruprecht, wie einst sein Vater mit dem Namen Ludwig unterzeichnet hat. Das „Emporringen“ des bayerischen Volkes stellt sich Herr Ruprecht natürlich so vor, daß er wieder auf den Königs thron gesetzt wird. So wie der Habsburger Karl von seiner Frau Zita angetrieben wurde, den ungarischen Thron zurückzuerobern, so hat die junge Luxemburgerin, die Frau des Ruprecht, den Ehrgeiz, auf den bayerischen Thron zu kommen. Und die Unterröde spielen in der dynastischen Politik von jeher eine ausschlaggebende Rolle.

Will man abwarten, bis es in Bayern so weit kommt, wie es in Ungarn kam, oder wäre es nicht besser, Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen? Die Keckat-monarchistische Bayerische Volkspartei hat bereits im bayerischen Landtag einen Antrag auf Schaffung des Postens eines Staatspräsidenten eingebracht. Was soll das anderes, als die Einsetzung eines Mannalters für den künftigen bayerischen König? Was soll das Gerede von dem Erstreben der Monarchie auf „geschmähigen“ Wege, wenn der Artikel 17 der Reichsverfassung einen solchen „geschmähigen“ Weg gar nicht zuläßt? Es gibt nur eine Sicherung. Und das ist ein Reichsgesetz über die endgültige Abhebung der Wittelsbacher! Das schafft Klarheit und legt zugleich den bayerischen Widerstand und damit die ganze Größe der monarchistischen Gefahr in Bayern!

Die Ausnahmeverordnung bleibt. Die Stinnespartei fordern ein Ausnahmegesetz gegen links.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Sonnabend die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921, durch die den Ortspolizei- und Zentralbehörden das Recht gegeben wird, Druckschriften und Versammlungen zu verbieten. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Genosse Rosenfeld, weshalb nicht an erster Stelle der Gehektentwurf der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei betreffend den Schutz der Republik, zur Beratung gelangte. Justizminister Radbruch: Ich fand bei meinem Amtsantritt im Ministerium einen Entwurf vor, der mit dem Antrage der Unabhängigen nur insofern Berührungspunkte hatte, als auch er die Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen und andere durch die Resolution veralteter Bestimmungen auspricht. Genosse Rosenfeld: Ein solcher Entwurf ist völlig ungenügend. Wir möchten wünschen, daß der Justiz-

minister einen wirklichen Entwurf zum Schutze der Republik ausarbeitet. Was gebietet der Justizminister zu tun? Der Justizminister schweig!

Den Antrag auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung begründet Genosse Rosenfeld in längeren Ausführungen: Die Verordnung ist verfassungswidrig. Sie ist zwecklos, und sie muß auch deshalb aufgehoben werden, weil jetzt von einer erheblichen Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht geredet werden kann. Mit solchen Verordnungen befehtigt man weder monarchistische noch sozialistische Bestrebungen. Vor allem wird die Verordnung, die angeündigt worden ist, als eine Ausnahme gegen die Monarchisten, jetzt fast ausschließlich nur noch gegen Unabhängige und Kommunisten angewendet. Das kommunistische Blatt in Halle ist lediglich deshalb verboten worden, weil es ironisch davon sprach, daß der deutsche Staat der freiere der Welt sei und weil es die deutsche Republik als Orgeschrepublik bezeichnete. Für diese zutreffende Bemerkung wurde das Blatt auf 14 Tage verboten. Dem kommunistischen Blatt in Stuttgart wurde eine Geldstrafe von 500 000 M. angebroht. Wo ist man jemals mit solcher Schärfe gegen ein Blatt der Rechten eingeschritten? In Langensalza hat sich der Landrat herausgenommen, die Unabhängige Volkzeitung sogar mit einer Verwarnung zu beehren, obgleich die Verordnung nirgends ein Recht zur Verwarnung gibt. In dem unabhängigen Blatt war lediglich eine scharfe und berechtigte Kritik der Justiz enthalten. Sofort schritt der Landrat ein. Dagegen konnte das deutschnationale Langensalzaer Tageblatt ungehindert in schärfster Weise monarchistische Bestrebungen zum Ausdruck bringen. Die Deutsche Tageszeitung, die dem Reichspräsidenten nachsagte, er solle dafür, daß der Knochenfrag im deutschen Körper weiter um sich freffe, hat lediglich eine Verwarnung bekommen. Wie rechtfertigt die Regierung die Schärfe gegen links und die Schwäche gegen rechts? Genosse Rosenfeld erwähnt im weiteren das Verbot der unabhängigen Münchner Morgenpost und schließt: Wir verlangen die Aufhebung der Ausnahmeverordnung.

Der Vorsitzende Abg. Spahn verliest darauf eine schriftliche Erklärung des Reichsministers des Innern, der selbst nicht erschienen ist. Sie lautet: Die Verordnung des Reichspräsidenten ist nach Zweck und Ziel nicht auf ganz kurze Zeit berechnet. Es wird von dem Ergebnisse der angefügigen gesetzgeberischen Maßnahmen abhängen, ob sich die Verordnung als entbehrlich zeigen wird. Abg. Marx (Str.) tritt für Aufrechterhaltung der Verordnung ein. Abg. Haas (Dem.) will ebenfalls die Verordnung aufrechterhalten wissen. Genosse Rosenfeld solle sagen, welchem demokratischen Mitglied der Regierung er den Vorwurf machte, durch seine Handlungen die Rechtfertigung für die Beschließung der Orgeschrepublik gegeben zu haben. Rosenfeld: Minister Koch! Ich protestiere gegen diese Behauptung. Die Presse bringt viele Verleumdungen von Ministern. Gegen solche Verleumdungen muß schärfstens vorgegangen werden. Abg. Dühringer (D.Nat.): Wir lehnen die Verordnung ab. Sie verstößt gegen die fundamentalen Grundföhe des Rechts. Abg. Herzfeld (Komm.) bringt Beschwerden über die Verbote von kommunistischen Zeitungen vor. Der Demokrat Haas habe die Befestigung der Pressefreiheit gepleien, für die doch früher die Demokraten eintraten. Die Haltung der Demokraten ist himmelschreiend. Abg. Hoffmann (Soz.): Wir wünschen die Aufrechterhaltung der Verordnung. Zwar nicht für immer, aber vorläufig. Bei der stupeföllen Agitation gegen die Republik ist auch heute noch eine Geföhörung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzunehmen. Auch die Unabhängigen sehen doch wohl die Republik als gefährdet an, sonst hätten sie nicht einen Gehektentwurf zum Schutze der Republik eingebracht. Abg. Kahl (D. Sp.): Der Geföhrenzustand in Deutschland ist dauernd und deshalb darf eine Ausnahmeverordnung, die nur vorübergehend Geltung haben kann, nicht erlassen werden. Ein Gesetz ist notwendig, aber nicht ein Gesetz, wie der von den Unabhängigen vorgeschlagene Entwurf, den ich als einen Gehektentwurf zur Vernichtung jeder staatsbürgerlichen Freiheit bezeichnen möchte. Abg. Rosenfeld (U.S.P.): Die Regierung scheint den Verhandlungen wenig Interesse entgegenzubringen. Der Minister des Innern ist nicht einmal erschienen. Er schickt uns eine schriftliche Erklärung. Der Reichsjustizminister ist zwar anwesend, aber er schweigt. Kein Redner hat bewiesen, daß heute noch die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet ist. Wenn wir einen besonderen Gehektentwurf zum Schutze der Republik eingebracht haben, so geschah das nicht deshalb, weil wir etwa annehmen, daß nach Durchführung dieses Gesetzes die Republik geföhert sei. Die Republik wird solange in Gefahr sein, bis die Arbeiterschaft den entscheidenden Einfluß in Deutschland erlangen hat. Auf bürgerliche Republikaner ist kein Verlaß. Auch nicht auf Demokraten. Ich selbst habe dabei, daß der ehemalige Minister Koch mit Recht als Orgeschminister bezeichnet wurde. Er hat völlig verlaßt im Kampfe gegen die Orgesch. Was ein wirklich republikanischer Minister gegen die Orgesch vermag, das sehen wir an dem unabhängigen Minister Lipski in Sachsen, der sich das Verdienst erworben hat, energisch gegen die Orgesch vorzugehen. Auch der demokratische Minister Dominicus hat sich als Förderer der Orgesch erwiesen. Haas forderte energisches Eingreifen gegen Verleumdungen. Wo ist jemals gegen Verleumdungen von Sozialisten vorgegangen worden? „Das Freie Wort“ hat Breitscheid des Vaterlandsverrats bezichtigt und behauptet, daß er für die Veröffentlichung der Eingabe der wirtschaftlichen Verbände im Jahre 1915 ein schönes Stück Geld bekommen haben mag. Dasselbe Blatt hat angedeutet, daß meine Partei französische Unterstühtungsgelder beziehe. Keine Behörde hat wegen eines solchen Artikels, der von dem ehemaligen Sozialdemokraten Reich veröffentlicht ist, etwas getan. Interessant ist, daß jetzt die Deutschnationalen für Pressefreiheit eintreten. Abg. Breitscheid (U.S.P.): Die Geföhörung der Republik wird auch durch die Verordnung des Reichspräsidenten nicht befehtigt. Die Verordnung ist so auslegungsfähig, daß sie dem bösen Willen der untergeordneten Organe freien Spielraum läßt. Was würde wohl geschehen, wenn der Führer einer Reichspartei als von Frankreich bestochen bezeichnet würde? Uns kann man verleumben. Wir sind prinzipiell Gegner solcher Verordnungen. Wir bedauern die Haltung der Rechtssozialisten, die für die Verordnung eintreten.

Bei der Abstimmung stimmten die Sozialdemokraten mit dem Zentrum und den Demokraten für die Aufrechterhaltung der Verordnung, während die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten für die Aufhebung der Verordnung votierten. Mit 14 gegen 13 Stimmen wurde die Aufrechterhaltung beschloffen.

Wie wir hören, hat der Genosse Breitscheid den Genossen Rosenfeld beauftragt, wegen des im Berichte erwähnten Artikels von Koth Klage zu erheben.

Die Beschlüsse des französischen Sozialistenkongresses.

Entschließung zur Internationale. „Der Kongress nimmt Kenntnis von den feierlichen Erklärungen der Vertreter der sozialistischen Parteien von Deutschland, England, der Schweiz, Belgien, Holland, Schweden, Polen, Spanien, Tschechoslowakei und Georgien und indem er sich zur Aebereinstimmung der Fassungen, die sich für die Notwendigkeit der Vereinigung der proletarischen Kräfte der ganzen Welt aus gesprochen haben beglückwünscht, läßt der Kongress das Bureau der Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien ein, sich mit der englischen Labour Party in Verbindung zu setzen, um mit ihr zu prüfen, unter welchen Bedingungen an die Parteien der verschiedenen internationalen politischen Organisationen des Proletariats (Wien, London und Moskau) sowie an die Parteien, die augenblicklich jeder internationalen Organisation fernsehen, ein Appell für die Schaffung eines internationalen Aktionskomitees gerichtet werden könnte. Das Aktionskomitee hätte die Aufgabe, die Gemeinamkeit der proletarischen Front in allen Fällen vorzubereiten, wo

politische und wirtschaftliche aus der nationalen und internationalen kapitalistischen Unordnung entstehende Konflikte, Kriegsgeschäften und imperialistischen Strömungen eine rasche und gemeinsame Aktion erfordern.

Indem die sozialistische Partei diesen Vorschlag macht, ist sie sich ihrer Treue zu der auf dem Kongress in Straßburg gefassten Entscheidung bewußt, welche ihr die Mission erteilt hat, den Aufbau der Internationale auf der Grundlage sozialistischer marxistischer Prinzipien zu betreiben.

Der Kongress läßt das Wiener Bureau ein, im Einvernehmen mit den anderen internationalen Organisationen die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Nachrichtenendienstes als Vorbedingung einer umfassenden Aktion zu prüfen. Der Kongress läßt die parlamentarischen Gruppen der sozialistischen Parteien, die der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossen sind, zur Schaffung eines interparlamentarischen Komitees für den Austausch von Dokumenten und Gesandtschaften sowie zur gemeinsamen Vorbereitung von Gesandtschaften ein, die gleichzeitig in den verschiedenen Parlamenten vorgelegt werden könnten.

Die Resolution zur nationalen Politik.

Die zur nationalen Politik gefasste Entschliessung betont einseitig die unverbrüchliche Treue der Partei zu den Grundsatzen und der traditionellen Taktik des internationalen Sozialismus, wie diese in der Resolution von Amsterdam, in dem Einigungspakt und in dem Beschluß von Toulouse definiert worden sind, und erneuert den im Jahre 1908 von dem Kongress in Toulouse einstimmig angenommenen von Jean Jaurès redigierten Beschluß, wonach die Partei als eine Partei der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution erklärt wird, welche die Eroberung der politischen Macht zur Befreiung des Proletariats durch die Vernichtung des kapitalistischen Regimes und der Klassenherrschaft erstrebt.

Alsdann fährt die Entschliessung fort:

Zur Stunde, da der nationale und internationale Kapitalismus sich für den wirklichen Sieger des Krieges hält, durch diesen in seiner Herrschaft über die Menschen, die Sachen und die Regierungen gestärkt ist, überall eine vermessene Annäherung zelt und sogar versucht, den Arbeitern die wenigen Vorteile, mit denen man beglückt hat, ihre Opfer zahlen zu lassen, an entgegenzusetzen, bestärkt die Partei kräftiger wie je ihren drohenden Charakter des revolutionären Idealismus und der positiven Verwirklichung. Bis zur völligen Umwandlung der Gesellschaft, welche das Ziel der Partei ist aber im Augenblick durch ihre Kraft nicht herbeigeführt werden kann und über deren unmittelbares Bestehen sie sich wehert, das Proletariat zu kämpfen, wird die Partei ihre methodische Arbeit zur Verbesserung der materiellen, moralischen und intellektuellen Lage der Arbeiter fortsetzen. Sie wird alle Mittel der Propaganda und des Kampfes, über welche sie zur Verteidigung und Erweiterung der Freiheiten der Arbeiterschaft verfügt, anwenden. Sie wird keine Mühe unterlassen, um dem Proletariat eine wachsende Machtstellung durch Kontrolle der Produktion und der Verteilung der durch ihre Arbeit geschaffenen Reichtümer unterlassen.

Zur Stunde, da die Reaktion, deren Formen gleich sind und schließlich zu dem sozialen Stillstand führen, ihre Unternehmungen gegen die mit sozialer Blutopfer durchgeführten Eroberungen verdoppelt, erklärt der Kongress, daß der allein zur Verwirklichung der vollständigen Demokratie und der wirklichen Republik fähige Sozialismus die politischen Freiheiten nicht nur als ein Grundrecht betrachtet, sondern als eine Bedingung und Sicherung jeder sozialen Umwandlung und daß er diese gegen alle brutalen und schleichenden Angriffe im selben Namen und mit demselben Herzen als die Freiheiten der Arbeiter verteidigen wird.

Alsdann wird ein Programm fünf sofort zu verwirklichender Forderungen aufgeführt. Unter anderem wird gefordert die Sozialisierung der hauptsächlichsten des Wirtschaftsgüter der bestehenden Unternehmungen unter Anwendung von Betriebsräten sowie der Arbeiter- und Bauernkontrolle. Eine Finanzreform, welche in erster Linie die Vermögen und hohen Einkommen bezieht. Einführung eines kurzfristigen Militärdenkens entsprechend den von Jaurès in seinem Buch: Die neue Grenze aufgestellten Grundsatzen, die eine sozialistische allgemeine Entlohnung anwendbar macht. Einheitlicher unentgeltlicher Unterricht. Verbesserung der Verfassung.

Entschliessung über die Wahltaktik.

Die bestehenden Regeln bleiben bis zu einem neuen Kongress in Geltung. Die Bezirke müssen an allen Wahlen teilnehmen. Im ersten Wahlgang sind die Stimmen auf den sozialistischen Kandidaten abzugeben. Im zweiten auf denjenigen Kandidaten, welcher die meiste Anziehung hat, den reaktionären Kandidaten zu besiegen. Zur Erreichung einer Wahlreform ist eine Propaganda und Wahlkampforganisation einzurichten.

Ueber die Verhandlungen des Parteitages werden wir morgen eingehender berichten.

Volksstimmengesetz für die Invalidenrentner.

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurde ein Gesetzentwurf beraten, der der Not der Invalidenrentner steuern soll. Nach den Ausführungen des Arbeitsministers, der die Vorlage begründete, sollen die jetzt bestehenden Invalidenrenten, die einschließlich der Zulagen 1050 M. jährlich betragen, für alle, die bedürftig sind, verdoppelt werden. Dabei wird das Gesamteinkommen von 2100 M. jährlich als Grenze der Bedürftigkeit festgesetzt. Wer über 2100 M. jährlich Einnahme hat, bekommt nichts. Für die Witwenrente ist die Grenze 1000 M., für die Waisenrente 800 M. Für jedes zu unterhaltende Kind werden jährlich 150 M. mehr gezahlt. Die Mittel dazu, die auf zwei Milliarden veranschlagt sind, sollen zu je einem Drittel von Reich, Staat und Gemeinden getragen werden. Vertreter des Reichsrats sprachen sich gegen die Belastung der Länder aus. Vertreter des Finanzministeriums empfahlen gleichmäßige Belastung. V. d. B. (Zentr.) trat für den Regierungsentwurf ein. Hoch (F.V.D.) forderte Befreiung der Prüfung der Bedürftigkeit, die nur eine neue Belastung der Verwaltung hervorrufen würde. Das Gesetz bringe nur den Städten Entlastung der Armenkasse, aber keine bessere Invalidenversorgung. F. a. W. (Dm.) ist für den Entwurf. Das Reich könne nicht allein die Lasten tragen. Außerdem sei der Einspruch der Entente zu befürchten, die die Ausgaben für Wohlfahrtsanstalten zu hoch finden würde. M. o. b. e. n. a. u. e. r. (D. W.) ist ebenfalls für die Prüfung der Bedürftigkeit. Dessenfalls Mittel dürften nur an Bedürftige gegeben werden. Grosse. A. a. f. t. e. n. wandte sich dagegen, daß die Fürsorge in ein Gesetz gezwungen werde. Er sei für Fürsorge neben der Versicherung. Aber dazu bedürfte es einer gründlichen gesellschaftlichen Arbeit. Das vorliegende Gesetz sei aber ein solches Stückwerk. Die Summe von zwei Milliarden sei selbst dann viel zu hoch berechnet, wenn alle Rentner die Zulage bekämen. Die Prüfung der Bedürftigkeit ließe die Summe sehr stark zusammenschumpfen. Die Invalidenversicherung solle den Zweck haben, verbrauchte Arbeiter vor der Armut zu bewahren. Dieses Prinzip sei heute völlig außer Acht gelassen. Es müsse wieder hergestellt werden; eine erhebliche Erhöhung der Renten sei notwendig. Die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats kämen dem Gedanken entgegen. Der Gesetzentwurf sei zu verwerfen. Gegenüber dem Deutschnationalen Harwig bemerkte Grosse Karsten, daß die Deutschnationalen sonst immer den Friedensvertrag durchbrechen wollten, ausgerechnet in der Sozialpolitik berufen sie sich auf den Friedensvertrag. Er sei ein Demokrat (Demokrat) will die Beiträge der Invalidenversicherung erhöht wissen. — Darauf wurde die Debatte auf Montag verlagert.

Polizeischuß für Kellow-Worbeck.

Halle, 7. November. (U.) Gegen die von den sozialistischen Parteien beabsichtigte Störung des Vortrages des Generals

von Kellow-Worbeck in Halle a. S. hatte die Polizei Vorkehrungen getroffen. Der General sprach vor einer zahlreichen Zuhörermenge im Wallhalla-Theater über die Kolonien und den Weltkrieg. Nach der zur gleichen Zeit von den sozialistischen Parteien abgetretenen Massenversammlung formierte sich ein Demonstrationstrupp; doch wurden die Teilnehmer durch starke Polizeiaufgebote an einer Belästigung des Generals verhindert. Nachdem die Polizei Vorkehrungen erhalten hatte, gelang es ihr, die Demonstration zum Auseinandergehen zu bewegen.

Brandler auf der Flucht.

Stettin, 7. Nov. (U.) Der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Brandler, der wegen der Haltung seiner Partei während des diesjährigen Märzauflandes in Mitteldeutschland vom Sondergericht in Berlin zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden war und diese Strafe im Festungsgelände Gollnow verbüßte, ist am 29. Oktober von dort entflohen. Er ist von einem Sturmlauf, der ihm sehr häufig bewilligt wurde, nicht mehr zurückgehalten. Es wird vermutet, daß er sich nach Danzig begeben hat und von dort zu Schiff nach Sowjetrußland geflüchtet ist.

Brandler hat früher einmal geäußert, daß ihm die Behörden sehr viel Freiheit ließen und man seine Flucht anscheinend nicht ungern sehen würde. Er sagte damals, er denke nicht daran von dieser Ermunterung Gebrauch zu machen. Das er nun jetzt den bewußten Stellen den Gefallen tun wollen? — Jedenfalls hat er seiner Partei, die er schon in der Verhandlung durch seine jämmerliche Stellung arg kompromittierte, durch seine Flucht einen schlechten Dienst erwiesen.

Gemeinsame Beratungen deutscher und polnischer Arbeiter.

Breslau, 7. November. (U.) Am Sonntag fanden sich die Vertreter der deutschen und polnischen Arbeiter Oberschlesiens in Betriebsräteversammlungen zusammen, um in gemeinsamen Beratungen Wege zur Verständigung zu finden. Es handelte sich bei diesen Beratungen besonders darum, gegenüber den Interessen des Großkapitals und der rückständigen polnischen Sozialgesetzgebung sich auf bestimmte Wirtschafts- und sozialpolitische Grundlagen zu einigen, die den Arbeitern ihre Rechte erhalten.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Dppeln, 4. November. Wie von interalliiertem Seite verlautet, trifft die Meldung, nach der Generalkonstul Postoj von Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für die Verwaltungsdauer von 15 Jahren ernannt worden ist, nicht zu. Weder über diesen Posten noch über den des Vorsitzenden der Wirtschaftskommission ist bisher eine Entscheidung getroffen worden. Interalliierte Kreise rechnen damit, daß die Grenzregulierungsarbeiten in den nächsten Tagen begonnen und rasch beendet wird, dagegen glaubt man, die Wirtschaftsverhandlungen würden noch einige Zeit verschoben werden. Aus interalliierten Kreisen verlautet ferner, daß die Interalliierte Kommission in den letzten Tagen des Januar Oberschlesien werde verlassen müssen.

Keine Verringerung der Grenzlinie.

Kattowich, 5. November. (U.) Am Freitag fanden hier Verhandlungen des Deutschen Ausschusses und des Polnischen Volkstrats unter dem Vorsitz des englischen Obersten Williams statt. Zu Beginn der Sitzung teilte Oberst Williams mit, daß er für die Herren Lufschel vom Deutschen Ausschuss und Rymer vom Polnischen Volktrat eine Unterbrechung mit dem Kommissar der Interalliierten Kommission in Dppeln herbeigeführt habe. Dann wandte er sich gegen die jetzt weitverbreitete Ansicht, daß man durch Vorschläge an die Interalliierte Kommission oder die Grenzregulierungskommission noch eine Verringerung der Grenze erreichen könnte. Es sei nicht wahr, daß der Spielraum für die Grenzfestsetzung noch bis zu zehn Kilometer gelassen sei. Dabei würde die Kommission nur darauf zu achten haben, daß Besetzungen von großem Umfang nicht unnötig zerfallen werden. Dann sprach Oberst Williams über die Flüchtlingsrückführung und teilte mit, daß in letzter Zeit wieder gewaltsame Verschleppungen vorgekommen sind. Er sprach sich sehr scharf gegen dergleichen Untaten aus, die beiden Parteien nur zum Schaden gereichen könnten.

Erschwerung der Einreise nach Oberschlesien.

Dppeln, 7. November (U.) Wie aus Kreisen der Interalliierten Kommission bekannt wird, werden schon in den nächsten Tagen neue verschärfte Bestimmungen für die Einreise in das Abklingungsgebiet herausgegeben werden. Sie werden in gleicher Weise für die Einreise von Deutschland wie von Polen gelten. Ueberziehungen gegen die Polizeivorschriften werden danach in Zukunft sehr streng gehandhabt werden. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, die Einreisebestimmungen zu umgehen, zumal die französischen Ueberwachungsorgane in rückwärtslosester Weise gegen Deutsche vorgehen.

Polens Aufnahme in die kleine Entente?

Prag, 7. November (U.) Nach längeren Verhandlungen zwischen Beneß und Skirmunt wurde am Sonntag ein Einvernehmen erzielt und am Abend der polnisch-tschechische Vertrag unterzeichnet.

Polnische Anleihe.

Warschau, 7. November. (U.) Der polnische Vertreter Radzizowski ist von seiner Auslandsreise zurückgekehrt. Er teilt mit, daß es ihm gelungen sei, mit französischen und belgischen Banken ein vorläufiges Abkommen über eine Anleihe von 500 Millionen Franken bei einem Zinssatz von sechs Prozent zu treffen. Dieser Betrag, der ungefähr 150 Milliarden polnischer Mark entspricht, genügt vollkommen zur Deckung des polnischen Defizits.

Die Waffenschiedungen in Bayern.

Rechtsanwalt Dr. Budelny in München teilt uns zu dem Artikel unter obiger Ueberschrift in Nummer 258 mit, daß das Telegramm, das darin als von ihm und Dreger ausgegeben bezeichnet wurde, mit Herrn Dreger nichts zu tun hatte, und daß es sich nicht auf eine Waffenschiedung bezog, sondern ein privatrechtliches Telegramm war, das sich auf eine von Dr. Budelny gemachte Zahlung bezog, gegen welche Zug um Zug eine Uebergabe zu erfolgen hatte.

Unser Gewährsmann ist durch eine Vereinfachung besonderer Umstände dazu gekommen, dem Telegramm einen anderen Sinn beizulegen. Aus der Aufklärung des Herrn Dr. Budelny ergibt sich, daß diese Sätze nicht aufrechterhalten werden können, was wir hiermit aussprechen.

Die übrigen Angaben unseres Artikels bleiben bestehen.

Zur Konferenz in Washington.

London, 5. November. Reuter meldet aus Washington. Wie verlautet, haben die amerikanischen Konferenzdelegierten bereits einen endgültigen Abklingungsplan vorbereitet, den sie der Konferenz gleich zu Beginn unterbreiten werden. Die Vereinigten Staaten werden sofort das Höchstmaß der Abklingung mitteilen, das sie anzunehmen bereit sind.

Pauls Chronicle schreibt in einem Leitartikel, es sei klar, daß die Nationen weder ihre Flotten im Stillen Ozean

nach ihre Heere auf dem europäischen Festlande aus Geländen der Spartheit herabschneiden würden, auch nicht allein auf das Verbrechen gegenseitiger Rüstungsbeschränkungen hin. Die Vereinbarung, Flotten und Heere zu vermindern, könnte daher nur erzielt werden, wenn vorher durch andere Uebereinkommen den betreffenden Nationen bestimmter Grund gegeben werde, ihre Furcht vor den Gefahren, gegen die sie bisher rühten, fallen zu lassen.

Paris, 5. November. Aus einem Bericht der Chicago Tribune aus Washington geht hervor, daß die Regierung des Präsidenten Harding die im Zusammenhang mit der Frage der alliierten Schulden bei Amerika vom Kongress beschlossenen Maßnahmen zu beschleunigen sucht, um bei Beginn der Abklingungskonferenz mit einer festen Politik in dieser Angelegenheit auftreten zu können. Mit wachsender Hartnäckigkeit werde aus den alliierten Hauptstädten gemeldet, daß die europäischen Delegierten die Frage des gegenseitigen Erlasses der Kriegsschulden auf der Konferenz zur Sprache bringen werden. Die Regierung werde heute in einem Schreiben des Staatssekretärs Nelson ihre Zustimmung zu dem Beschluß des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses geben.

Japans Haltung.

Paris, 5. November. Der Vorsitzende der japanischen Delegation erklärte dem Berliner Vertreter des Matin in Washington, Japan habe nur den Gedanken, an der Konsolidierung des Friedens mitzuarbeiten und der Zivilisation zu dienen. In Japan gebe es eine öffentliche Meinung wie in Amerika, Frankreich und England. Sie verlange noch stärker als in diesen Ländern die Herabsetzung der Rüstungen. Die Delegation sei bereit, auf die Allianz mit England zu verzichten; die öffentliche Meinung in Japan sei darauf vorbereitet, seitdem einige britische Dominions es verlangt hätten.

Die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten.

London, 5. November. Nach Nachrichten aus Washington legen einige Mitglieder der japanischen Delegation die Ermordung des Premierministers einer Bande angeleglicher Patrioten zur Last, die unter dem Namen Ronin bekannt ist und vor einiger Zeit schon den Leiter der Abteilung für den Fernen Osten im japanischen Ministerium des Neuen ermordete. Der letzte Mord könne eine erhebliche Rückwirkung auf die japanische Rüstungspolitik haben; denn diese Politik gehe besonders auf den verstorbenen Premierminister zurück. Sano würde in Washington einen mächtigen Einfluß ausüben haben.

Mitteilung des japanischen Ministeriums.

Tokio, 5. November. (Reuter.) In einer Kabinettsitzung, die heute morgen stattfand, erklärte das Ministerium seinen Rücktritt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der serbisch-albanische Konflikt.

Gratz, 6. November. Die Tagespost meldet aus Belgrad: Die Belgrader Regierung beabsichtigt, im heutigen Ministerrat Anträge zur endgültigen Regelung der albanischen Grenzfrage zu stellen. Nach Berichten von der albanischen Front haben die jugoslawischen Truppen die Demarkationslinie vom Jahre 1918 besetzt.

Paris, 5. November. Die Vorkonferenz genehmigte in ihrer heutigen Vormittagssitzung den Bericht des Ausschusses für die albanische Frage. Sie beschloß, in der nächsten Sitzung die Entscheidung der alliierten Mächte, durch die die Grenze des albanischen Staates festgelegt wird, zu unterzeichnen.

Die Wirren in China.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten von der chinesischen Regierung in Canton, an deren Spitze Sun yat sen steht, eine Note erhalten, in der gesagt wird, daß die Regierung von Canton nichts mit der Delegation zu tun habe, die aus Peking zur Washingtoner Konferenz geschickt worden sei und daß die chinesische Regierung sich durch die Beschlüsse der Konferenz bezüglich Chinas nicht gebunden fühle. — Nach einer Meldung des New York Herald aus Washington ist das Staatsdepartement von der Bildung eines interalliierten Geschwaders von Kriegsschiffen in den chinesischen Gewässern in Kenntnis gesetzt worden. Das Geschwader soll zum Schutze der fremden Schiffe dienen, die von dem im Kampfe mit der Regierung von Peking stehenden irregulären Banden unter Feuer genommen worden sind.

Mitteilung liberaler belgischer Minister. Nach einer Havasmeldung entschloß sich außer dem Minister für nationale Verteilung De Wece auch der Kolonialminister Franc zum Rücktritt. Man vermutet, daß sich der dritte liberale Minister Neujean der Haltung seiner Amtsgenossen anschließen werde.

1 Dollar = 248 Mk.

Der Dollar hat an der Sonnabendbörse erneut angezogen, so daß er mit 248,75 notiert wurde.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnstörung durch einen Felssturz.

Offenbach, 5. November. Infolge starker Niederschläge hat sich auf der Bahnstrecke Freudenstadt-Wolfsach ein Felssturz ereignet. Der Führer des aus Freudenstadt kommenden Frühzuges bemerkte den Felssturz noch rechtzeitig und konnte den Zug im letzten Augenblick zum Stehen bringen. Die Lokomotive und die beiden ersten Wagen wurden immerhin durch Auffahren der Lokomotive auf die Felsmassen beschädigt. Fünf Personen erlitten erhebliche Verletzungen. Der Zugverkehr ist bis auf weiteres gesperrt.

Schwere Sturmschäden in Düsseldorf.

Düsseldorf, 6. November. Durch einen orkanartigen Sturm, der in den frühen Nachmittagsstunden einsetzte, wurde hier großer Sachschaden verursacht. Dächer wurden zum Teil abgedeckt, Firmenschilder herabgerissen und viele Schaufensterkassen eingedrückt. Am Hindenburgwall wurde ein Zeitungslokal umgestürzt. Am Bahnhofsgebäude drohten mehrere vom Sturm gelöste Zinkplatten herunterzufallen und mußten von der Feuerwehr beseitigt werden. In den Anlagen der Stadt wurden große Verwüstungen angerichtet.

Die Dampfer-Katastrophe auf dem Wannsee.

U. Berlin, 7. November. Am Sonntagnachmittag ist es nach langem Anstrengen gelungen, das Wrack des gesunkenen Stern-Dampfers Storow zu heben. In der Nähe des Wracks konnte noch ein Toter geborgen werden. Ingesamt sind bisher zehn Opfer der Katastrophe geborgen. Vier werden noch vermist.

Raubüberfall im Postwagen.

Schoppinich, 7. November. (U.) Ein schwerer Raubüberfall wurde am Sonnabendabend am Postamt Schoppinich verübt, wobei einem Räuber 88 000 Mark in die Hände fielen. Ein Raubüberfall, als der Schaffner das Wertpapier in das Sicherheitsfach des Postwagens legen wollte, auf ihn ein hielt ihm einen Revolver entgegen und raubte ihm das Paket. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Kasernenbrand in Budapest.

Budapest, 5. November. In der Kadets-Kaserne brach heute nacht 2 Uhr ein Brand aus. Das Feuer konnte erst in den Morgenstunden auf seinen Dorr beschränkt werden. Nach den bisherigen Feststellungen fanden bei dem Brande 8 Personen den Tod.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den literarischen Teil:

Friedrich Viller, Börsdorf-Weipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Witteneckschmidt, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Für unsere am **Mittwoch, dem 9. November**, erscheinende Nummer erbitten wir **Inserate** bis **spätestens morgen Dienstag, abends 6 Uhr**, weil die Mittwoch-Nummer wegen der Revolutionsfeier frühzeitig ausgegeben wird. **Leipziger Volkszeitung, Inseraten-Abteilung.**



Unsern geehrten Mitgliedern empfehlen wir als sehr preiswert:

Kondensierte Milch in Dosen
gezuckert und ungezuckert

- Geröstete Kaffees das Pfund zu Mk. 30.00 u. 28.00
- Geröstete Gerste . . . das Pfund zu Mk. 4.00
- Geröstetes Korn . . . das Pfund zu Mk. 3.80
- Speisesirup das Pfund zu Mk. 5.00
- Sauerkohl das Pfund zu Mk. 1.60

Erbwürste ::: Haferflocken
Maggi-Suppen und -Würze

Aus unseren Brotfabriken

Schwarzbrot, das alte beliebte Konsumbrot
in früherer guter Qualität

Markenfreies Schwarzbrot u. Weisse Brötchen, ganz vorzügl. Reibekuchen

Neu eingeführt:

Schuhcreme „Raffer“
mit Hebel zum Öffnen der Dose, keine schmutzigen Finger mehr, leichte Handhabung, vorzügl. Qualität, die Dose **210** Mk.

Zur Beachtung!

Auf Wunsch unseres Personals werden wir am **Mittwoch, 9. November 1921** unsere Geschäftsstellen **von mittags 12 Uhr ab schließen!** Die Mitglieder wollen sich mit ihren Einkäufen danach richten.

Konsum-Verein
Leipzig-Plagwitz



Nerveneleid ist, wer über vorzeitige Schwäche, Dinstätigkeit, Unruhe, Energielosigkeit, Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Unruhe, Beängstigung und hohes Erregung liegt und wer keinen Angehörigen hat eine Quelle von Verdruß und Leiden ist. Wie soll unerträgliche Zustände zu heben sind und das Leben wieder sonnig zu gestalten ist, darüber spricht morgen u. Mittwoch im Schauspielhaus, Vorderhaus 2 Tr., abends 7/8 Uhr, unser erfahrener Praktiker, Herr Wilitz. Unsere Vorträge wirken entscheidend fürs ganze Leben. Eintritt für Nichtmitgl. Mk. 1.50. — Gäste willkommen. **Verein für Lebens- und Heilkunst „Reform“ e. V.**

Reparaturen
an Uhren jed. Art
nur streng lichte
Ausführung u.
unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
Uhrenm., Lauchauer Str. 6.



Wer seine Schuh' in aller Früh
So trägt, daß die Wangen glüh'n.
Und nicht erreicht trotz aller Mühe,
Der kann nicht Schuhkrem „Meridin“.

MERIDIN

Fabrikniederlage A. Schönigen
Tel. 11571 Leipzig, Brühl 51 Tel. 11571

Befer der Volkszeitung
besteht Euch bei Einkäufen auf die Inserate in Eurer Zeitung.

Soeben erschienen. **Zum Jahrestag der proletar. Revolution in Rußland.**

INHALT: Karl Radek: Nach vier Jahren / L. Trotzki: Die Oktoberrevolution / N. Lenin: Die Krise nach der Lösung / A. Joffe: Die erste proletarische Regierung / Clara Zetkin: Die russische Revolution eine Quelle moralischer Kraft / Bela Kun: „Nieder mit den Sowjets!“ / Charles Rappoport: Die Oktoberrevolution und das französische Proletariat / A. Thalheimer: Die russische und die deutsche Revolution / Fritz Heckert: Die Oktoberrevolution im unterirdischen Deutschland / Franz Koritschoner: Die Oktoberrevolution und das alte Österreich / J. Skalak: Die Wirkungen der Oktoberrevolution in Böhmen / M. Vanek: Tschechische Legionen und die Oktoberrevolution / Karl Kreibich: Die russische Revolution und das Proletariat der Tschechoslowakei / Julius Alpari: Die proletarische Revolution in Rußland und die ungarische Arbeiterschaft / War van Overstraeten: Die russische Revolution und das belgische Proletariat / Allan Wallenius: Die russische Revolution und Finnland / Henriette Roland-Holst: Die Wirkungen der russischen Revolution auf die holländische Arbeiterklasse / Ivon Jones: Was wußten wir über die Oktoberrevolution in Südafrika? / M. Philips Price: Der Einfluß der russischen Revolution in Westeuropa. — ILLUSTRATIONEN: Es lebe der Weltoktober der proletarischen Revolution! (mehrfarbiges Plakat) / Am Grabe der Konterrevolution (mehrfarbiges Plakat) / Volksversammlung auf dem Uritski-Platz in Petrograd (Photographie) / Aus den Julikämpfen in Petrograd (Photographie) / Manifestation der Roten Armee in Moskau (Photographie), 74 Seiten **Preis Mark 2.—**

Zu beziehen durch **Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11** sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

- 1: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. — Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß. Preis Mk. 10.—
- 2: Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. (Manifest des Zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale). Preis Mk. 1.—
- 3: Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 2.50.
- 4: L. Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. — Anti-Kautsky. 2. Aufl. Preis Mk. 4.50.
- 5: Karl Radek: Theorie und Praxis der 2^{1/2} Internationale. Preis Mk. 1.50.
- 6: W. Newski und S. Rawitsch: Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland. Preis Mk. 1.—
- 7: Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 6.—
- 8: E. Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. (2. Auflage). Preis Mk. 3.50.
- 9: N. Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. Preis Mk. 4.—
- 10: A. Losowski: Der internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam). Preis Mk. 2.—
- 11: Karl Radek: Die auswärtige Politik Sowjetrußlands. Preis Mk. 2.50.
- 12: W. P. Miljutin: Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland. Preis Mk. 1.50.
- 13: N. Bucharin und E. Preobraschenski: Das ABC des Kommunismus. Preis Mk. 8.— (Organisat. Mk. 5.—)
- 14: S. I. Gussew: Die Lehren des Bürgerkrieges. Preis Mk. 2.50.
- 15: O. W. Kuusinen: Die Revolution in Finnland. Preis Mk. 2.—
- 16: I. Larin und L. Kritzmann: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917—1920. Preis Mk. 3.50.
- 17: M. Tomski: Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland. Preis Mk. 2.—
- 18: Karl Radek: Der Weg der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 1.50.
- 19: G. Sinowjew: Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 1.50.
- 21: Berichte zum Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Preis Mk. 6.—
- 22: Protokoll des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale. (Erscheint demnächst.)
- 23: Protokoll des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale. (Erscheint demnächst.)
- 24: L. Trotzki: Die neue Etappe. — Die Weltlage und unsere Aufgaben. (Erscheint demnächst.)
- 25: E. Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. 2. vermehrte Auflage. (Erscheint demnächst.)

Weitere Bände in Vorbereitung. — Zu beziehen durch: **Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11** sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der KPD.

Familien-Nachrichten

Unserm lieben Parteigenossen **Albert Schäfer und Gemahlin** die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Parteigenossen von Gohlis.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute nachmittags mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Bruder Schwager u. Onkel, der Zigarrenhändler Herr **Franz Modes** im Alter von 64 Jahren. L. Kleinisch oder, Gießerstraße 56, 4. Nov. 1921. In tiefer Trauer **Ida Modes geb. Köhler** im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Dienstag, den 8. Nov., nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Friedhofes zu Kleinisch oder aus statt.

Am Freitag, den 4. November, verschied an Herzschlag Herr Schneidermeister **Friedrich Wagenknecht.** Leipzig-Gohlis, Reginenstr. 11. Die Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Dienstag, 1/3 Uhr, auf dem Gohliser Friedhof statt. Wir bitten von Beileidsbesuchen abzusehen.

Infolge Herzschlags wurde unser treuer, eifriger Sangesbruder **Friedrich Wagenknecht** aus unserer Mitte gerissen. Er wird uns unvergessen bleiben. **Nordvorstädtischer Männer- u. Gemischter Chor.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. November.

Parteilangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Fraktionssitzung fällt heute aus und findet Mittwoch nach der Demonstration 1/8 Uhr im Volkshaus statt.

Ortsverein V. Plagwitz-Bindenau-Schleußig. Die Funktionäre und Mitglieder von Bindenan, die am Wahltag mithelfen wollen, treffen sich Mittwoch, den 9. November, abends 1/8 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung im Restaurant Stadt Lützen, Lützen Straße.

Parteilangensabende in der Terrasse. Dienstag, 8. Uhr, Frauenabendsabende in der Terrasse.

Ortsverein Veuhß. Dienstag, den 8. November, abends 1/8 Uhr, Frauenabendsabende im Restaurant Schwarzen Jäger, Gesellschaftszimmer. Vortrag der Genossin Thiel über: Die Tätigkeit der Frau im Gemeinwesen.

Anger. Funktionäre, Wahlhelfer und Wahlhelferinnen: Freitag, den 11. November, abends 1/8 Uhr, im Angerhölzchen, Zwinnandorfer Straße 10, wichtige Sitzung.

Anger. Wahlbezirksobleute haben die Statistik-Karten bis spätestens Mittwoch, den 9. November, bei Genossen Birbaum, Spidernstraße 9, III., abzuliefern.

Schönefeld. Montag, abends 1/8 Uhr, in der Börse, Stettiner Straße, Funktionärsitzung. Alle Genossinnen und Genossen, welche sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, müssen in dieser Sitzung erscheinen.

Gohlis. Rinderabendsabende fällt am Mittwoch, den 9. und 16. November aus. Mittwoch, den 23. November, Besuch der Puppenspiele Papa Kleiner. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Wickera. Morgen Dienstag, abends 1/8 Uhr, im Carola-Haus Sitzung sämtlicher Funktionäre. Alle arbeitstätigen Mitglieder für die Wahl sind gleichfalls eingeladen.

Ortsverein Macranke. Sitzung sämtlicher Vorstandmitglieder, Betriebsobleute, Funktionäre, sowie aller Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, den 8. November, abends 1/8 Uhr, in der Turnhalle. Wahllisten abgeben. Der Vorstand.

Achtung, Gewerkschaftsmitglied! Die Kontrollheine müssen jetzt bei den Gewerkschaften entnommen werden. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Aus der Kommunalpolitik.

Kommunalisierungsfragen.

Die USP. tritt für die Kommunalisierung ein. Die Gemeinden müssen das Recht haben, die Lebensbedürfnisse ihrer Gemeindeglieder in kommunalisierten Betrieben zu betreiben. Für die Errichtung solcher Betriebe und für die Überführung von Privatbetrieben in Kommunalbetriebe fehlt es noch an den notwendigen gesetzlichen Grundlagen, die eine Kommunalisierungsgesetz bringen müßte. Natürlich wird die Kommunalisierung erst dann reiche Früchte tragen, wenn die Bodenschätze, die großen Betriebe in Stadt und Land, die Verkehrsmittel, sozialisiert sind.

Die großen Aufgaben sind, die auf diesem Gebiete von den Gemeinden gelöst werden müssen, zeigen die Richtlinien, die von der Landesversammlung der USP. im Juli 1921 über die Aufgaben der Gemeinden beschlossen worden sind. Als wichtigste wirtschaftliche Aufgaben der Gemeinden bezeichnen die Richtlinien unter anderem:

Verorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität und Brennmaterial. Das Verkehrsnetz (Personen- und Frachtbeförderung durch Fuhrwerke, Straßenbahnen, Kleinbahnen), und zwar innerhalb des Gemeindebezirks oder Verbandsbezirks.

Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln, gemeindliche Milchversorgung, Wäckerien, Verorgung mit Vieh, Vieh- und Schlachthöfen, Schlachtereien, Brauereien und Speisehäusern.

Herstellung von Gegenständen des Bedarfs für die Gemeindeverwaltungen.

Ferner: Die im Besitz der Gemeinden befindlichen Güter und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen müssen durch eigene Verwaltung geführt werden.

Kommunalisierung des Wohnungswesens, Schaffung von Wohnungsämtern. Der Wohnungs- und Straßenbau sind im eigenen Betriebe auszuführen.

Im Sinne dieser unabhängigsozialistischen Ansichten über die Aufgaben der Gemeinden hat die USP. im Stadtparlament zu wirken gesucht.

Auf dem wichtigen Gebiete der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung durch die Stadt, vor allen Dingen auf dem Gebiete der Brot- und Fleischversorgung ist bis jetzt von der Gemeinde so auf wie nichts getan worden. Das ist auch gar nicht verwunderlich, denn in der gesamten Lebensmittelversorgung stemmen sich die bürgerlichen Einklässe mit aller Kraft gegen jede Beteiligung der Stadt. Was unter dem Druck der Kriegsnot an Einrichtungen dieser Art in der Stadt geschaffen wurde, oder richtiger, geschaffen werden mußte, das wurde nach dem Kriege so schnell als möglich abgebaut. Die systematische Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Einführung der freien Wirtschaft hat sich, wie im Reiche, auch in Leipzig durchgesetzt. Freie Wirtschaft bedeutet freie Ausbeutung; das hat die Bevölkerung an eigenen Leiden verspüren müssen und sie wird es auch ferner verspüren.

In unermüdlicher Kritik hat die USPD. immer und immer wieder das Stadtparlament benützt, um auf die städtischen Behörden für eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse einzuwirken, und um in aller Deutlichkeit die Not des Volkes zur Sprache zu bringen. Dabei ist es oft zu scharfen Zusammenstößen mit den bürgerlichen Kreisen gekommen, die wohl über die Not des Volkes klagten, die aber durch die Unterstützung der verheerenden Kriegspolitik diese Not selbst mit verschuldet haben. Ganz naturgemäß waren diese Debatten beherrscht von politischen Erwägungen; denn die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden und preiswerten Lebensmitteln ist eine hochpolitische Frage. Die USPD. ist nicht müde geworden, den Ruf zu erheben, daß die deutschen Großstädte im Interesse ihrer miterbarmtesten Bevölkerung gegen die Reichswirtschaftspolitik der schrankenlosen Bereicherung der Besitzenden protestieren müssen. Wären die Großstädte diesem Ruf gefolgt, so hätte die Regierung daran nicht schilos vorbeigehen können. Da aber die Stadtverwaltungen noch immer von bürgerlichen Interessen beherrscht werden, so war es eigentlich nur selbstverständlich, daß diese bürgerlichen Interessen die sozialistischen Wohnungen in den Wind schlugen. Aus diesen Gründen ist es auch durchaus erklärlich, daß auch der Ruf von Leipzig gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung aktiven und passiven Widerstand gegen alle Verstädtlichungsbestrebungen leistete.

Die Unabhängigen haben immer wieder verlangt, daß die städtischen Güter in den Dienst der Lebensmittelversorgung für die städtische Bevölkerung gestellt werden. Der Rat hat aber bis heute nur vier städtische Güter mit etwa 400 Hektar Land in eigene Bewirtschaftung der Stadt übernommen, sechs Güter mit über 1000 Hektar Land sind noch an Pächter verpachtet. In verangenehmten Wirtschaftsjahren hätte die Stadt über 1 Million Mark Einnahmen mehr aus ihren Gütern erzielen können, wenn alle städtischen Güter in eigener Bewirtschaftung der Stadt betrieben worden wären.

Wiederholt haben die Unabhängigen im Stadtverordnetenkollegium die Übernahme der Fleischversorgung für die Bevölkerung durch die Stadt verlangt. In der Sitzung vom 4. Februar 1920 wurde über die schon mehrfach verlangte Kommunalisierung der Fleischversorgung Beschluß gefaßt. Die Ausschüsse beantragten den Rat um Übernahme der Fleisch- und Wurstversorgung in städtischen Selbstbetrieb zu erlauben. Die gesamten bürgerlichen Vertreter vom Handwerksmeister bis zum Farmer ließen gegen diesen Antrag vorwiegend mit den Argumenten der Mittelstandsretterei Sturm.

Die Kommunalisierung der Fleischversorgung wäre zum Segen für die ärmere Bevölkerung geworden. Die Zwangsbevirtschaftung ist aufgehoben, das Fleisch hat einen nie geahnten Preis erreicht, und ein Sinken der Fleischpreise ist gar nicht zu denken. Die Viehmärkte werden von den Großhändlern künstlich beaufschlagt. Ehe das Fleisch zum Konsumenten kommt, durchläuft es mit wenigen Ausnahmen vier, oft auch fünf Hände. Jeder einzelne muß Umsatzsteuer, Gewerbesteuer bezahlen. Diese Lasten werden auf die Konsumenten abgewälzt. Die Waren werden noch heute in Hunderten von Kleinbetrieben hergestellt, wo, abgesehen von den unnotigen Unkosten, gar keine Kontrolle vorhanden ist, wie es z. B. in den Großbetrieben der Fall ist, wo ein Gehilfe durch den anderen kontrolliert wird. Ist konnte über Unaufrichtigkeit in derartigen Kleinbetrieben berichtet werden, obwohl es selbstverständlich auch saubere Kleinbetriebe gibt. Die Fleischmeister führten den Kampf gegen die Kommunalisierung aus privatem Interesse, sie haben bisher mit Hilfe des Rates und der rückständigen Gesetzgebung gesiegt, den Schaden davon haben die Konsumenten zu tragen.

Die Unabhängigen forderten die Kommunalisierung der Brotversorgung. Die Stadt soll die Herstellung und den Vertrieb des Brotes übernehmen. Damit wird die beste Gewähr für die Lieferung eines einwandfreien Brotes gegeben. Das Brot müßte im Großbetrieb hergestellt werden, dadurch würde die Bearbeitung

Hungersnot im Lande!

- Aufhebung der Zwangswirtschaft!
Preissteigerung aller Nahrungsmittel!
Kartoffelwucher!
Fleischwucher!
Brotwucher!
Auswucherung des Volkes auf allen Gebieten!
Das ist die Folge der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Deutschnationale, Mittelständler und Demokraten wollen dieses System der Volksausraubung aufrecht erhalten. Wer es bekämpfen will, kann seine Stimme nur geben der Liste

Geger-Liebmann-Nüchtern!

hygienisch einwandfrei, es wäre unmöglich, das Brotmehl mit minderwertigem Mehl zu vermischen. Die Herstellung des Brotes im Großbetrieb ist sauberer, für die Verdauung beförmlicher und wesentlich billiger als im Kleinbetrieb. Weiter hat der Großbetrieb den Vorzug, daß die Arbeiter dort nicht so schrankenlos ausgebeutet werden können, als im Kleinbetrieb, auch die Lehrlingszahlerei fällt im Großbetrieb weg. Allein die großen Ersparnisse an Kohlen, die der Großbetrieb erzielt, rechtfertigen die Übernahme der Brotproduktion vom Großbetrieb. Im Großbetrieb werden zum Baden von einem Zentner Mehl etwa 28 bis 30 Pfund Weizenbrot gebraucht, im Kleinbetrieb dagegen 50 Pfund. Gegenwärtig werden bei einer Wochentration von 4 Pfund in Leipzig wöchentlich etwa 1700 Zentner Brot in vier Großbetrieben hergestellt. Für 600 000 Einwohner werden aber bei 4 Pfund Wochentration 24 000 Zentner Brot wöchentlich gebraucht. In etwa 600 Kleinbetrieben werden also 21 000 Zentner Brot wöchentlich gebacken. Für diese 21 000 Zentner werden insgesamt jede Woche 4260 Zentner Kohlen mehr verbrannt als gebraucht würden, wenn das gesamte Brot in Großbetrieben hergestellt würde.

Zu den Ersparnissen, die an der Kohle gemacht werden können, kommen die Ersparnisse an Arbeitslöhnen, Umsatzsteuer usw., denn heute geht das Mehl oft durch die Hände vieler Geschäftseute, die alle Umsatzsteuer bezahlen müssen, wodurch natürlich das Brot verteuert wird.

Die Vorteile der Kommunalisierung der Brotversorgung sind ganz außerordentlich groß. Die Durchführung der Kommunalisierung der Brotversorgung ist allerdings ebenso wie die der Fleischversorgung abhängig von dem Erlaß eines Kommunalisierungsgesetzes.

Die geistige Armut des Bürgerlums.

Das Leipziger Bürgertum macht verzweifelte Anstrengungen, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl die Mehrheit zu erlangen. Geld steht den Herrschaften mehr als genug zur Verfügung, die Industriellen sind ja so gern bereit, von ihrem Profit für die Bekämpfung der sozialistischen Arbeiter an den Bürgerauschuss zu spenden. Fehlt es den Herrschaften nicht an Geld, so fehlt es ihnen aber um so mehr an zugkräftigen Argumenten. Den Bürgerlichen kommt es darauf an, die Stadtverwaltung unbedrängt zu beherrschen, damit sie so wie früher ihren Klassengenossen durch die mehr als sehr gut bezahlten städtischen Aufträge Renten gewinnen zu können. Mit solchen Absichten auf Krupelkotz Vereicherung kann natürlich keine Wahlagitiation getrieben werden, deshalb kommen die Bürgerlichen bei ihrer Propaganda nicht über die plattesten und abgedroschensten Redensarten hinaus. "Terror", "Klassenherrschaft im Rathaus", "sozialistische Miswirtschaft" und ähnliche Geschwätz sind die geistigen Argumente,

mit denen die Reaktionsäre der Wirtschaftsliste und die Demokraten den Wahlkampf beizugehen. Sie verzichten von vornherein darauf, ihre Redensarten zu beweisen, und für den verängstigten Leipziger Wähler brauchen sie sich auch nicht weiter in geistige Unkosten zu stürzen. Das einzige erbauliche an dem bürgerlichen Wahlkampf ist der Streit, den der Wirtschaftsliste mit den Demokraten darüber hat, ob die 127 reaktionären Vereine und Körperchaften hinter der wirtschaftspolitischen Einheitsliste oder hinter den Demokraten stehen. „Dah sie alle beide stinken.“

Ebenso öde ist der Wahlkampf, den die Redaktionen der bürgerlichen Zeitungen führen. Sie stimmen alle überein in der Absicht, die sozialistische Mehrheit zu verhindern. Wie geistig bedürfnislos sie aber den Wahlkampf führen, dafür folgendes Beispiel aus den Leipziger neuesten Nachrichten:

„Der Vorsitzende schloß die von vier Duzend Personen besuchte Versammlung mit der formlosen Aufforderung usw. usw.“ — so endet ein Bericht, den der Kote Kurier über eine Wählerversammlung der Leipziger Unabhängigen in Schleußig veröffentlicht, bei der kein Geringerer als der Leipziger Stadtordeleitsvorsitzer Fritz Geger als Hauptredner gesprochen hatte. Man wird hinter diese kommunikalische Fählung der Anwesenden natürlich ein Fragezeichen machen können, aber recht hat der Kote Kurier ausnahmsweise schon, wenn er mit dieser seiner Schlussnotiz feststellt, wie wenig Stimmung bei der USP. vorhanden ist. Inse Mittelungen, die wir aus andern Wählerveranstaltungen der USP. erhalten haben, stimmen sämtlich darin überein, daß die Stimmung in Herrn Liebmanns Reich flau, oberflau ist. Wäßiger Besuch der Versammlungen, geringe Anteilnahme an der Wahlpropaganda, Zweifel und Bedenken, das tritt alles deutlich erkennbar hervor.

Armelecher Schmoß, der vor Verlegenheit seine Feder laut, um festzustellen, daß „wenig Stimmung“ bei der USP. vorhanden ist. Die Bürgerlichen vertrauen sich überhaupt keine öffentlichen Wählerveranstaltungen anzuhaben, weil sie die Schandwirtschaft der Bürgerlichen in der Stadtverwaltung nicht verteidigen können, und weil sie fürchten, überhaupt vor leeren Stühlen zu stehen. Die USP. wird sich durch das Verlegenheitsgeschwätz der bürgerlichen Schmoß nicht beeinträchtigen lassen, sondern mit aller Kraft auf den Sieg der unabhängigen Liste hinarbeiten!

Ein Wahlschwindel für Angestellte.

Durch viele Zeitungen geht eine Notiz, nach der die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig ausgespeubet würden, unbedachte Entlassungen vorgenommen worden seien und die Ortskrankenkasse die Houburg der Unabhängigen Sozialdemokratie und des Zentralverbandes der Angestellten sei. Auch der Bürgerauschuss benutzte diesen Schwindel als Wahlmasche für den reaktionären Bürgerblock. Von dem Vorstand und der Verwaltung der Ortskrankenkasse wird uns im Einvernehmen mit dem Betriebsrat folgendes mitgeteilt:

Die Entlassungen erfolgten am 30. 9. 1920. Es handelte sich um Kriegsauslastungskräfte, die nach Rückkehr des ständigen Personals aus dem Felde entlassen waren. Der letzte Jahresdurchschnittsverdienst der damals Entlassenen betrug über 9000 Mark, war also damals für Auslastungskräfte angemessen. Wenn in einer noch weiter zurückliegenden Zeit 78 Mt. wöchentlich gezahlt worden sind, so war auch dies angemessen. Die Entlassenen erwirkten einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, wonach die Entlassungen für unzulässig bezeichnet wurden; der Demobilmachungskommissar lehnte aber die Verbindlichkeitsklärung ab. Darauf erging ein weiterer Schiedspruch, wonach den entlassenen Auslastungskräften eine Entschädigung zugesprochen wurde. Es wurde aber nachträglich in einer weiteren Verhandlung von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses festgestellt, daß der Schiedspruch vom Schlichtungsausschuss in der irrlichen Voraussetzung erlassen worden war, daß alle Entlassenen den deutschen nationalen Handlungsgesellschaftsverband bevollmächtigt hätten, ihre Interessen vor dem Schlichtungsausschuss wahrzunehmen. In Wirklichkeit traf dies nur für zwei zu, die übrigen zehn hatten die Frist zur Stellung des Antrages auf Entschädigung verstreichen lassen und hatten demzufolge keinen Anspruch an die Ortskrankenkasse. Da der Schiedspruch nicht vollstreckbar ist, hätten die Entlassenen vor dem Landgericht auf Leistung klagen müssen. In Würdigung des Umstandes, daß alle Entlassenen in einer Notlage waren, hat der Kassenvorstand den Entlassenen den langwierigen Prozeß erspart und hat, obwohl voraussichtlich nur zwei ein obiges Urteil erlangt haben würden, allen 12 vergleichsweise eine Entschädigung gezahlt. Dies war zweifellos eine sehr entgegenkommende Regelung der Angelegenheit, und es ist unerkündlich, steht auch im Widerspruch zu der vom Vertreter des deutschen nationalen Handlungsgesellschaftsverbandes abgegebenen Erklärung, daß aus dieser Sache Presseangriffe gegen die Ortskrankenkasse hergeleitet werden.

Zu der behaupteten Ausbeutung der Angestellten ist zu sagen, daß seit dem 1. September 1920 die Angestellten der Ortskrankenkasse nach den Sähen der Staatsbesoldungsordnung bezahlt werden. Auch vorher war die Besoldung der beim Staate angestell. Es ergeben sich — einschließlich der Kinderzulagen — für Bureaukräftigkeit Monatsgehälter bis zu 2600 Mt.; die verheirateten Auslastungskräfte erhalten 340 Mt. wöchentlich.

Alle Vorstandsmitglieder — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — haben die in Frage kommenden Beschlüsse einmütig und im Einvernehmen mit dem Betriebsrat gefaßt. Von den Angestellten sind etwa vier Fünftel im Deutschen Beamtenbund und nur ein Fünftel im Zentralverband der Angestellten organisiert.

Bestimmungen für Wähler mit Wahlscheinen.

A. Ein Wähler, der in die Wählerliste eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein 1. wenn er in Ausübung des Berufes oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten am Wahltag außerhalb seines Wahlbezirks sich aufhält, 2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfähigkeit behindert ist und deshalb in einem Wahlraum wählen will, den er leichter erreichen kann, als den Wahlraum seines Wahlbezirks. B. Ohne Eintragung in die Wählerliste wird auf Antrag mit einem Wahlschein versehen: 1. wer wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in die Wählerliste nicht eingetragen war, wenn der Grund hierfür nachträglich weggefallen ist, 2. wer in die Wählerliste nicht eingetragen ist und ohne sein Verschulden die Frist zur Eintragung eines Einspruchs hiegegen verfallen hat.

Verlegt ein Wähler nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wählerliste seine Wohnung in einen andern Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlschein ausstellen zu lassen. Wahlscheine können bis Sonnabend, den 12. November 1921, 1/4 Uhr nachmittags, in den Fällen unter B auch noch am Wahltag, ausgestellt werden. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Ueber seine Berechtigung zur Antragstellung oder zur Empfangnahme des Wahlscheines muß sich der Antragsteller oder Empfänger gehörig ausweisen. Die Wahlscheine werden im Rathaus, Neues Rathaus, Erdgeschoh, Zimmer 185 — Eingang am Burplatz — ausgestellt.

Die Vfkennverbindung der drei sozialistischen Parteien ist in Leipzig an der Weigerung der Rechtssozialisten, auch mit den Kommunisten die Verbindung einzugehen, gescheitert. Die Leipziger Rechtssozialisten haben mit diesem Beschluß sich nicht nur in Widerspruch mit den Interessen des Proletariats, sondern auch mit ihren eigenen Parteigenossen im Lande gesetzt. Aus Dresden wird nämlich gemeldet, daß dort die Listenverbindung der drei

Parteien zustand gekommen ist. Die Leipziger Mehrheitssozialisten tragen die Schuld, daß das Bestreben der Unabhängigen Sozialdemokratie, die geschlossene Front des Proletariats gegen seine Anfeindung zu bringen, verfehlt war.

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene werden darauf hingewiesen, daß ihnen in allen Versorgungs- und Fürsorgeangelegenheiten durch die Versorgungsbehörden und Fürsorgestellen (Bezirks- und Ortsämter für Kriegerversorgung) bereitwilligst und kostenlos jede Auskunft gegeben wird. Zur Vertretung vor dem Militärverwaltungsgericht hat das Kreisamt für Kriegerversorgung in Leipzig einen besonderen Beistand angestellt, der täglich von 9-1 Uhr in der Kreisshauptmannschaft, Köhplatz 11, 11. Zimmer 16a, zu sprechen ist, und die kostenlose Vertretung der Kriegssopfer vor dem Militärverwaltungsgericht übernimmt.

43. Volkshaus, Leipzig-Lindenau. Montag, den 7. November, abends 7 Uhr, Elternversammlung in der 42. Volkshaus, Kriegerstraße. Vortrag von Frau v. Köber: Mutter und Schule.

„In schwerster Not.“ Auf der Frauenkonferenz im Jahre 1919 war der Genossin Zieg im Volkshaus die Reisebude abhandeln gekommen. Heute lag vor dem Parteisekretariat ein Paket, das die Bude und einen Teil enthielt, dessen erschütternder Inhalt von den seelischen Qualen eines Proletariats, der durch die Not gezwungen war, seinen eigenen Klassenossen zu beschlehen, mehr spricht als jeder Kommentar: „In schwerster Not eignete ich mir die Bude an. Komme sie nun einzulösen und bitte, sie der Eigentümerin zuzustellen. Gelächern in der Frauenkonferenz 1919, Volkshaus. Dermalige Vorsitzende Frau Zieg und Frau Hennig. War arbeitslos, geldlos, ohne Unterstützung, ohne Obdach und hungriß. Der Zutritt wurde möglich, ohne jede Kontrolle.“

Der Genossin Zieg wird die wiedererhaltene Bude doppelt lieb sein, als ein Beweis für die rechtliche Gefinnung dieses nur durch Hunger und Elend zum Diebe gewordenen Proletariats.

Der Hilfsbund der deutschen Pflichtlosen aus den abgetretenen Ostgebieten in Leipzig verlegt seine Pflichten-Beratungsstelle nach Grimma'scher Steinweg 15. 11. Kostenlose Beratung fortan täglich nachmittags von 6-7 Uhr, wochentags.

Arbeitsinvaliden! Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig, richtet an die Invaliden nachfolgende Aufforderung: „Invaliden! Die Wahlen stehen vor der Tür. Wählt nur diejenigen, die auch eure Interessen mit Nachdruck vertreten. Die hiesige Ortsgruppe hält am 20. November, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal, Versammlung ab. Schickt euch der bestehenden Organisation an und ihr werdet aus eurem Elend herauskommen.“

Kosten in Gemeindesteuern. Das Steueramt schreibt uns: „Früher war auf die Einprüche gegen Veranlagungen zu Gemeindesteuern Gebührenfrei zu entscheiden. Jetzt sind, wie in Reichsteuernsachen, sehr erhebliche Gebühren anzuführen, wenn die Einprüche erfolglos sind. Die Gebühr beträgt beispielsweise 30 Mk. bei 250 Mk., 60 Mk. bei 700 Mk., 130 Mk. bei 2800 Mk. freitragender Steuer usw. Hinzu kommen noch die Auslagen. Wer Einspruch gegen eine Steueranforderung erheben will, wird daher gut tun, zunächst sorgfältig zu prüfen, ob der Einspruch Erfolg verspricht.“ Diese Verschärfung der Steuergesetze ist besonders für die Hinterbeteiligten von großem Nachteil.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Zu der heute abend 7/8 Uhr im Alten Theater stattfindenden Vorstellung Doppel- selbstmord können Karten eine Stunde vor Beginn noch im Hotel Vittoria, Restaurant, entnommen werden.

USPD. Metalarbeiter. Arbeitsausschuß und Obleute. Mittwoch, den 9. November, nachmittags 5 Uhr, wichtige Sitzung im Speisesaal der Volkszeitung. Verbands- und Parteibuch legitimiert.

Thonberg-Neureuditz. Dienstag, den 8. November, abends 7 Uhr, bei Kresse, Stötterlei Straße 7, Zusammenkunft aller Funktionäre und Funktionärinnen sowie aller arbeitsfreundlichen Mitglieder, die sich bei der Wahlarbeit betätigen wollen.

Bölk-Böfen. Dienstag, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Bart Bölk. Alle Genossinnen und Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, müssen in dieser Sitzung erscheinen.

Vollzeitsnachrichten.

Ein alter Trick! Warnung vor einem Schwindler! Ein angeblicher Paul Buch, Kriegsinvalid, ist nach Verübung einer Anzahl Betrugsdelikten in der Umgegend Nordhausens nun auch hier aufgetreten. Er ließ sich hier als Reisender einstellen und auf seine der Firma vermittelten umfangreichen Bestellungen Provisionen zahlen. Bei der Belieferung der Aufträge stellte es sich dann heraus, daß diese zum größten Teile fingiert waren. Mit einem ihm anvertrauten Görlitz-Fahrrad, Rahmennummer 81288, mit hellbraunen Holzfelgen und einer fast neuen Karbidlampe in der Gabel verkleidet. Er ist etwa 35 Jahre alt, mittelgroß, und hat an der rechten Halsseite eine grüne, angeblich von einem Sturz herrührende Narbe. Es wird vor ihm gewarnt; bei seinem Betreten lasse man ihn festnehmen.

Fremdenverkehr. In der Zeit vom 23. bis zum 29. Oktober d. J. sind in hiesigen Fremdenhöfen 14 811 Reichsdeutsche und 1775 Ausländer abgehien und polizeilich angemeldet worden.

Türklindiebe an der Arbeit! In letzter Zeit haben sich Türklindiebe in Leipzig wieder einmal unangenehm bemerkbar gemacht. Bei der Kriminalpolizei liegen aus verschiedenen Stadtteilen Anzeigen vor, wonach die fremden Spindublen in der Hauptsache messingene Haustürklinten, auf die sie es ganz besonders absehen, in die Hände gefallen sind. Altmittelhändler werden vor dem Ankauf derartiger Klinten dringend gewarnt und gebeten, verdächtige Anbieter festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Bei Beobachtung verdächtigter Personen, die sich in auffälliger Weise an Haustüren zu schaffen machen, veranlasse man deren Festnahme.

Lebensmittellieferanten für Dienstag, den 8. November.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. 2 Zentner Weizen werden bei der Firma Georg Werner in L-Gohlis, Freiladestrasse, am Chausseehaus, auf Gutshof Nr. 4850 von 8-12 Uhr vorm., Nr. 4951 bis 5000 von 1-4 Uhr nachm. Die Weizen für die angegebenen Gutshöfe müssen unbedingt zur genannten Zeit abgeholt werden, andernfalls sie verfallen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Kommunisten fallen der Arbeiterklasse in den Rücken.

Noter Kurier und U. N. N. in trauriger Gemeinschaft.

Mit eiserner Energie hat die sozialistische Regierung gegen die Konterrevolution gearbeitet und die geheimen Fäden der gegenrevolutionären Organisation aufgedeckt. Die ganze bürgerliche Presse, die hinter den entlarvten Verbrechern steht, tobt und inszeniert eine wahnwitzige Hege gegen die sozialistischen Minister und die Arbeiterklasse. Und in diesem Augenblicke, wo es notwendig ist, daß die Arbeiterklasse einmütig zusammensteht, entblättert sich der kommunistische Noter Kurier, der Arbeiterklasse in den Rücken zu fallen und sich seine Argumente gegen die sozialistische Regierung aus den Leipziger Neuesten Nachrichten zu holen. Freilich auch den Kommunisten sind die Enthüllungen Lipinski sehr unangenehm. War es doch eines ihrer Hauptpropagandamittel, den Arbeitern vorzuführen, die reinsozialistische Regierung tue nichts, womit bewiesen sei, daß sie nichts taue und nur der Kommunismus der Elend und Genossen zum Ziel führen könne. Und nun kommt die sozialistische Regierung, strait diese Behauptung Lügen und schlägt den Kommunisten ihr wirksamstes Agitationsmittel aus der Hand. Das ist fatal. Und deshalb muß trotz alledem genörgelt werden, und wenn dabei die gesamte Arbeiterklasse zugrunde geht.

Die U. N. N. trugen den niederschmetternden Eindruck, den das Antlagematerial Lipinski gegen die Dragschanden hervorgerufen hatte, abzumildern durch die Bemerkung, das Material sei zu alt, die Tatsachen lägen Monate zurück, und Lipinski habe nur eine Wahlparole für die sozialistischen Parteien schämen wollen. Nach diesem Strohhalm greift auch der Rote Kurier. Er leht sich in Politik und fragt: Warum hat Lipinski solange geschwiegen?, um dann fortzufahren:

„Die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür. Die beiden sozialistischen Parteien, die nichts gegen die Dragschanden unternommen, die erst kürzlich noch unsere diesbezüglichen Anträge im Leipziger Stadtparlament ablehnten, brauchen Stoff für die Wahlpropaganda. Ohne Zweifel ist die Organisation der Konterrevolution in den letzten Monaten noch gewaltig vorangeschritten. So kommen die Mitteilungen Lipinski sehr spät. Sie müßten aufgegeben werden, um zu einem Wahlsieg ausgeglichen zu werden.“

Die SPD und USPD wollen nicht ernstlich den Kampf führen gegen die Konterrevolution, sonst hätten sie dazu längst Gelegenheit gehabt. Die Arbeiter aber wissen, daß man mit parlamentarischen „Missionen“ und Wählreden die Dragschanden nicht bekämpfen kann. Sie werden auch am 13. November nur einer solchen Partei ihre Stimme geben, die gewillt ist, mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen, und zwar mit allen Mitteln, mit parlamentarischen und außerparlamentarischen. Herr Lipinski überläßt die Auflösung der konterrevolutionären Vereine dem reaktionären Polizeipräsidenten Kubitz, und die Befragung der Führer der Dragschanden.

Wir fordern die Arbeiter auf, geschlossen den Kampf aufzunehmen für die Forderungen, um die sie am 31. August demonstrierten. Nur so kann die Konterrevolution geschlagen werden.“

Revolutions-Feier

Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, finden in Leipzig 7 große öffentl. Versammlungen statt, mit der Tagesordnung:

„Der 9. November und die Arbeiterklasse.“

Nach den Versammlungen: Demonstration auf dem Augustusplatz.

Die Feier wird veranstaltet vom Gewerkschaftsrat Leipzig. Hauptvorstand Groß-Leipzig der USPD. Hauptvorstand Groß-Leipzig der SPD. Hauptvorstand Groß-Leipzig der USPD.

Am 9. November wird also das gesamte Leipziger Proletariat eine gemeinsame Demonstration veranstalten.

Rüstet daher zu dieser Feier! Demonstriert durch Arbeitsruhe

Die Kundgebung dient der Sicherung der demokratischen Republik, der Verteidigung und Erweiterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte.

Es wird demonstriert gegen die Reaktion, für Freiheit u. Fortschritt Männer und Frauen! Beteiligt euch in Massen an der Revolutionsfeier!

Pfui Teufel! Und das nennt sich ein Arbeiterblatt. Gerade dieses Arbeiterblatt, das jetzt Arm in Arm mit den Leipziger Neuesten Nachrichten gegen die sozialistische Arbeiterklasse zusammensteht, war es, das durch seine unerschämten verleumdenden Angriffe gegen die sozialistischen Minister den Reaktionären Vorschub leistete und durch allerhand vorzeitige Waudereien die Unterjochung gegen die Dragschanden förderte und teilweise sogar vereitelte. Und wenn Lipinski sein Material geheimhalten mußte, um die Fäden nicht wieder aus der Hand gleiten zu lassen, dann war das eine Vorichtsmaßregel, die nicht nur gegen die Konterrevolutionäre geboten war, die bemüht waren, alle Spuren zu verwischen, sondern auch gegen die kommunistischen sogenannten Führer, die durch ihr vorzeitiges Gebrüll die Reaktionäre auf die Gefahr aufmerksam machen und warnten.

Geradezu eckelhaft wirkt es, wenn der Rote Kurier, der es erst unternimmt, mit den Mitteln und Argumenten der gegenrevolutionären U. N. N. gegen die Regierung und die sozialistischen Parteien zu heben, die Unverschämtheit aufbringt, die Arbeiter aufzufordern, „geschlossen den Kampf aufzunehmen“, um — die Konterrevolution zu schlagen.

Die Arbeiterklasse hat allerdings alle Ursache, sich einig und geschlossen der reaktionären Front entgegenzuwerfen. Aber sie muß sich endlich auch einmal klar werden, welche erbärmliche Rolle die Kommunisten Leipziger Couleur spielen, die fortgesetzt die „Einigkeit des Proletariats“ predigen und dabei keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne den Versuch zu machen, die Einheit der proletarischen Kampffront zu verhindern. Die Wild, Böttcher, Elstner und Konforten, die im Roten Kurier ihr Unwesen treiben, haben sich durch ihre Kampfgemeinschaft mit den Kulis der Gegenrevolution in den U. N. N. zum schandvollsten Male als Schädlinge der Arbeiterbewegung entlarvt. Es wird die höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse sich freimacht von diesen Elementen, bei

denen man nicht mehr weiß, ob die Motive ihres unerhörten Verhaltens aus ihrem geistigen Unvermögen oder aus böser Absicht entspringen.

Die „Unschuldigen“.

In der Sonntagsnummer der Leipziger Neuesten Nachrichten finden sich noch einige „Erklärungen“ der entlarvten Dragschänder, die sich kampfhaft bemühen, ihre gegenrevolutionären Organisationen als „ganz harmlos“ hinzustellen, oder die sich völlig dumm stellen und behaupten, sie wüßten von nichts. Dabei merken die Herrschaften gar nicht, daß sie sich immer tiefer hineinreihen und illiger täten, wenn sie sich ruhig verhielten.

Voran marschiert der Leipziger Bürgerausschuß, resp. dessen erster Vorsitzender Dr. Johannes Wunderrlich, Herr Wunderlich „steht fest“. Das Zeitfreiwilligenregiment war eine vom Leipziger Bürgerausschuß vollständig getrennte Organisation.“ Das ist sehr billig und trifft vollständig daneben. Will Herr Wunderlich damit auch sagen, Bürgerausschuß und Zeitfreiwillige hätten nichts miteinander zu tun gehabt? Das wäre glatt gelogen, denn Herr Wunderlich weiß so gut wie wir, daß der Bürgerausschuß wesentlich für die Zeitfreiwilligen geworden hat und daß Herr Wunderrlich der junge Mann des Leipziger Bürgerausschusses, im sächsischen Landtag den Zeitfreiwilligen den Dank des Bürgerausschusses und der gesamten Reaktion ausgesprochen hat für den Nordböhmerfall auf der Leipziger Arbeiterschaft. Auf der gleichen Höhe stehen die Behauptungen, der U. N. N. habe keine Beziehungen zur Dragschanden und zu den Führern von Stein gehabt und all diesen Organisationen keine Geldmittel zugeführt. Durch einfache Behauptungen werden bewiesene Tatsachen nicht aus der Welt geschafft. Interessant ist an dem Geschreibsel ebenfalls noch die Mitteilung, daß der U. N. N. die Mittel zu seiner Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und aus unerschämlichen Zuwendungen von Freunden und Gönnern erhält. Warum nennt Herr Wunderlich diese unerschämlichen Freunde und Gönner nicht? Will er bestreiten, daß es, wie Lipinski selbst festgestellt hat, Industrielle und Agrarier sind, die die gegenrevolutionären Bestrebungen des U. N. N. finanziell unterstützen? Wohl nicht!

Noch „schlaue“ sind die Herren Hofrat Kell und Emil Berg vom Landesfinanzsachverständigenrat. Das einzige, was sie den Feststellungen Lipinski entgegenzusetzen haben, ist die Behauptung, das Verzeichnis der Finanzsachverständigen sei „veraltet“; es gehörten ihnen jetzt ganz andere Mitglieder an. Also wohlgeemert! Nur die Namen sollen nicht stimmen. Die Tatsache, daß die von den sächsischen Industriellen unterhaltenen Finanzsachverständigen den Zweck haben, die Widerorganisationen zu finanzieren, wird von den Kell und Berg nicht bestritten.

Tief gekränkt ist Kapitänleutnant a. D. Tiffessen aus Chemnitz, der die Hörer an der Gewerbeakademie und ein Verbindungsmann der Organisation C war, der nicht in Leipzig und Breslau war und noch nie in seinem Leben einen Zwimarkschinken mit einem daraufgestempelten Wikingerschiff gesehen hat. Der „Mutige“.

Ferner hat uns Kriminaloberwachmeister Koch eine „Beurteilung“ geschickt, in der es heißt:

„Ich erkläre, daß ich niemals Mitglied der Organisation „Brüder vom Stein“ gewesen bin und auch niemals irgendwelche Beziehungen zu diesem Verein gepflogen habe.“

Auf den dem Verein gemachten Vorhalt wurde mir eine Aufschrift folgenden Inhalts geschickt:

Erklärung. Ich erkläre als erster Vorsitzender des Vereins „Die Brüder vom Stein“, daß der in der Leipziger Volkszeitung vom 3. 11. 21 unter den Mitgliedern des Vereins aufgeführte Kriminaloberwachmeister Koch niemals Mitglied des Vereins „Die Brüder vom Stein“ gewesen ist.

Die Aufschrift des Kriminaloberwachmeisters Koch befand sich unter den Akten des Vereins, weil er etwa sechs Wochen vor dem durch die Staatsanwaltschaft angeforderten Ermittlungen im Auftrage des Polizeiamts Leipzig in der Geschäftsstelle des Vereins sich über diesen unterrichtete und Aussagen sowie Propagandamaterial von dort mitnahm. Da man in der Geschäftsstelle eine Unterlage haben mußte (!), wer im Auftrage des Polizeiamts die Ermittlungen anstellte, wurde die von ihm angegebene Aufschrift aufgehoben.

Leipzig, den 4. November 1921.

gez. Dr. Wildhagen,

1. Vorsitzender des Vereins „Die Brüder vom Stein“, e. V.

Noch, Kriminaloberwachmeister, So, so! Die Geschäftsstelle mußte feststellen, wer im Auftrage des Polizeiamts Ermittlungen anstellte. Warum mußte sie denn das? Und warum ließ sich Kriminaloberwachmeister Koch eine derartige Kontrolle gefallen?

Wir gehen wohl nicht fehl mit der Annahme, daß der Hauptmacher Dr. Wildhagen den Kriminaloberwachmeister etwas aufgeminet hat.

Schließlich geht uns noch das folgende, vom 4. November datierte Schreiben zu:

„In Nr. 257 der Leipziger Volkszeitung vom 3. November bin ich unter den leitenden Mitgliedern des Vereins „Brüder vom Stein“ angeführt. Ich erkläre hiermit, daß ich weder dem Verein „Brüder vom Stein“ noch irgendeinem der sonst erwähnten Vereine jemals angehört habe oder angehöre, und daß ich auch mit keinem von ihnen in Beziehung gestanden habe.“

Dr. Hans Frischke.“

Ein neuer Reinfall der Ertrappten.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten behaupten in ihrer Nummer 303, daß Minister Lipinski seinerzeit Waffen zu treuen Händen übergeben worden seien. Gestützt wird diese Behauptung durch einen leichtfertigen Hinweis auf eine angebliche Aussage des Amtshauptmanns von Grimma. Minister Lipinski läßt uns dazu mitteilen, daß die Behauptung des Leipziger Blattes erfunden sei, denn er habe weder jemals Waffen anvertraut erhalten, noch überhaupt jemals Waffen besessen.

Der Hinweis des Leipziger Blattes ist aber auch deshalb besonders leichtfertig, weil es wissen muß, daß der Amtshauptmann in seiner Aussage ausdrücklich erklärt hat, daß ihm nur einmal ein Gewehr zu Ohren gekommen sei, wonach während des Kapp-Zustandes Waffen in der Wohnung Lipinski abgegeben worden seien. Dieses Gerücht aber habe sich, wie der Amtshauptmann ausdrücklich unter seinem Zeugeneid erklärte, nicht bestätigt. Die Frage des Leipziger Blattes, weshalb der Minister in seinem Protest auf diese Sache nicht eingegangen sei, ist also ein demagogischer Kniff. Das Blatt weiß genau, daß der Minister danach nicht gefragt worden ist. Der Amtshauptmann war ja in der Verhandlung gar nicht anwesend, er war kommissarisch vernommen worden. Zu der weiteren Behauptung der Leipziger Neuesten Nachrichten, daß die Regierung Spittel unterhalte, erklärt uns der Minister, daß er das bereits vor Monaten im Landtag amtlich in aller Form als eine Unwahrheit zurückgewiesen habe. Es kennzeichnet die Moral des Blattes am Peterssteinweg, wenn es solche Behauptungen wiederholt, obwohl sie ihm als unwahr bekannt sind oder doch bekannt sein müssen.

Die Entschädigung der Steuerzahler.

Für die Einschätzungsarbeiten wird den Mitgliedern der Steuerzahler ein Tagesgeld von 30 Mk. gewährt, derselbe Betrag, der für Schöffen und Geschworene gilt. Das beruht auf einer Verfügung des Reichsfinanzministeriums, wonach die Entschädigung für die Steuerzahler nicht über die erwähnten Tagesgehälter hinausgehen darf. Sie sind aber heute für Arbeiter, die zumeist durch die Lätigkeit im Steuerzahler einen ganzen Tagelohn einbüßen, ungenügend. Das Landesfinanzamt Dresden hat auch bereits beim Reichsfinanzminister angeregt, die Frage der Entschädigung für Ausschußmitglieder erneut zu

der Meinung zu prüfen, ob nicht eine solche in Höhe des tatsächlich entstehenden Lohnverlusts zu gewähren ist. Seither ist aber eine Entschädigung darüber noch nicht erfolgt.

Zwischen: Die Stadtverordneten lehnten mit bürgerlicher Mehrheit einen sozialdemokratischen Antrag ab, den 9. November durch Arbeitsruhe aller städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter begehren zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Beamten sind mit der Neuregelung ihrer Gehälter unzufrieden.

Die in den letzten Tagen durch die Presse bekanntgewordenen Mitteilungen über die Neuregelung der Besoldung der Reichsbeamten haben in weitesten Kreisen der unteren und mittleren Beamtenschaft größte Unzufriedenheit und ärgste Mißstimmung hervorgerufen. Das Durchschnittsgehalt eines unteren Beamten erreicht kaum das Existenzminimum, dasjenige der höheren Beamten dagegen geht ganz wesentlich darüber hinaus. Die durchschnittlichen Gehaltsunterschiede betragen bisher zwischen unteren und mittleren Beamten etwa 9000 Mk. jährlich, zwischen den unteren und höheren Beamten etwa 18 000 Mk. jährlich, zwischen den mittleren und höheren Beamten etwa 9000 Mk. jährlich. Sie werden in Zukunft betragen (falls die zwischen Regierung und Spitzenorganisationen vereinbarten Sätze unverändert vom Reichsrat und vom Reichstag verabschiedet werden) zwischen unteren und mittleren Beamten etwa 7000 Mk. jährlich (also verringert), zwischen unteren und höheren Beamten etwa 32 000 Mk. jährlich (stark vergrößert), und zwischen mittleren und höheren Beamten etwa 19 000 Mk. (stark vergrößert).

Besonders auffällig hierbei ist die Tatsache, daß der Unterschied sich weiterhin verringert, während unteren sowohl wie mittleren einerseits den höheren Beamten gegenüber, sich ganz bedeutend vergrößert hat. Die Zugrundelegung der Friedensverhältnisse in diesem Falle in der heutigen Zeit, bedeutet eine Absurdität, die jedem Einsichtigen ohne weiteres einleuchtet, und, vielmehr würde sich unter Zugrundelegung des Existenzminimums ein ganz anderes Bild ergeben haben, das weit mehr den Anspruch auf Gerechtigkeit hätte erheben können.

Die Leipziger Beamtenschaft zum Lohnabkommen.

Auch die Leipziger Beamtenschaft ist mit der Neuregelung der Gehälter höchst unzufrieden. Sie nahmen in einer vom Deutschen Verkehrsband am Sonntagvormittag nach dem Pantheon einberufenen Versammlung dazu Stellung. Der Referent, Zeitungsausschreiber G. Klose, ein vorzüglicher Kenner der Postbeamtenbewegung, ging zunächst auf die Einkommensverhältnisse der Beamten vor dem Kriege ein. Er stellte fest, daß damals die höheren Beamten das Achtzehnfache eines unteren bezogen. Er schilderte, drastische Beweise anführend, das Elend der unteren Beamten unter dem wilhelminischen Druck. Der Krieg änderte nichts an den Verhältnissen. Erst der 9. November 1918 brachte einen anderen Zug in die geheimen und geheimsten Kanäle. Die Arbeiterbewegung war es, die damals Erfolge zeitigen konnte. Die Beamten, die den Zug der Zeit nicht erkannten und auch heute noch nicht erkannt hätten, warteten auf die Erfolge der Arbeiterbewegung, um dann mit gebührender Trommelflag das zu erwarten, was ihnen von Regierungsseite aus gütigst genehmigt würde. Und so wurde durch das Zustandekommen der Besoldungsordnung 1920 ein wenigstens einigermaßen sozialer Ausgleich geschaffen. Die Kluft zwischen höheren und unteren Beamten in der Gehaltszahlung war nicht mehr so groß.

Dies wurde auch bei der letzten Bewegung von den Spitzenverbänden im Auge behalten. Das Endergebnis der Verhandlungen war jedoch, daß man der Gruppe XIII 30 000 Mk. jährlich mehr zubilligte, den unteren Beamten aber empfahl, im Interesse des Wiederaufbaues den Nachbussentag nicht so genau zu nehmen. Während weiter die freien Gewerkschaften einen gleichmäßigen Teuerungszuschlag in Höhe von 6000 Mk. forderten, sei die Regierung dazu übergegangen, gleichmäßig auf alle Gruppen 20 Prozent zu bewilligen. Also auch hier wieder die höheren Beamten mehrfachen Zuschlag gegenüber der unteren Beamtenschaft. Nebenher schilderte weiter, daß die Regierung gar nicht anders zu handeln brauche, da ja der maßgebende Verhandlungskontrahent, der Deutsche Beamtenschaftsbund, absolut nicht zu fürchten sei. Statt aufzuklären, treibe z. B. der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten direkte Verdummungspolitik. Referent führte aber weiter aus, daß der Beamtenschaft nicht nur mit dauernden Gehaltserhöhungen gebient sei, daß diese sich viel mehr auf den politischen Kampf einstellen müsse. Restlos müsse in den Reihen der Beamten Aufklärung geschaffen werden, restlos vor allem die Postbeamten den freien Gewerkschaften in diesem Fall dem Deutschen Verkehrsband, zugeführt werden. Erst wenn Beamte und Arbeiter geeint in einer Organisation gemeinsam kämpften, werde es möglich, den reaktionären Machthabern Erfolge abzurufen.

Starker Beifall zeigte, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Die Diskussionsredner bewegten sich so auch alle in Uebereinstimmung mit dem Referenten. Am Schluß der Versammlung gelangte eine Resolution folgenden Inhalts einstimmig zur Annahme:

Die am 6. November 1921 im Pantheon zu Leipzig vom Deutschen Verkehrsband einberufene öffentliche Postbeamtenversammlung hat das Referat des Kollegen Klose mit Befriedigung entgegengenommen. Sie hat wieder erfahren müssen, daß man den höheren Beamten horrenden Summen bewilligt hat, während man die unteren Beamten mit wenigen Mark abspießt. Die Versammlung erhebt gegen diese Umachungen den allerhöchsten Protest. Sie fordert ihre Vertretung, den Deutschen Verkehrsband, auf, dieses Abkommen nur unter Protest anzunehmen und den aufgestellten Grundjah, einen sozialen Ausgleich zwischen unteren und höheren Beamten zu schaffen, hochzubalten und in allen Verhandlungen rücksichtslos zu vertreten. Die Versammelten erkennen aber weiter, daß es nicht nur allein mit dauernden Gehaltserhöhungen getan ist, daß es vielmehr Pflicht ist, für eine Umgestaltung unserer gesamten Wirtschaftsweise zu sorgen. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen Kräften Aufklärung in die Reihen der Postbeamten zu schaffen im Interesse einer freigewerkschaftlichen Bewegung. Erst wenn dieses getan ist, wenn Arbeiter und Beamte fest vereint zusammenstehen, wird es möglich sein, den Willen der Postbeamtenschaft im besonderen den reaktionären Machthabern aufzudrängen.

Als besonderes Merkmal des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten sei hier noch angeführt, daß dieser sofort nach Bekanntwerden der Versammlung des Deutschen Verkehrsbandes es für notwendig erachtete, eine Gegenversammlung mit demselben Thema, zur selben Stunde einuberufen. Als Referent hatte man den Herrn Generalsekretär Lenz aus Berlin bestellt. Ein Zugmittel sollte es sein, um die Versammlung der freien Gewerkschaft illusorisch zu machen. Wie groß muß jedoch die Enttäuschung bei jenen Leuten gewesen sein, als man erfuhr, daß die Versammlung im Pantheon überaus gut besucht war, und der Herr Lenz, weil er angeblich keine Zeit habe, nicht erschienen war. Oder wußte am Ende der Herr Generalsekretär von der Leipziger Versammlung gar nichts?

Den Mitgliedern des Reichsverbandes dürfte aber langsam ein Licht aufgehen, wo man sie hinsührt. Leuten vom Schlage der Herren Reinold, Bretschneider usw., die sich Sozialisten zu nennen belächeln und im selben Atemzuge die freien Gewerkschaften bekämpfen, können die Postbeamten nicht mehr folgen.

Untere Beamte, wacht endlich auf! Frostet euren Kollegen, die sich schon dem Deutschen Verkehrsband angeschlossen haben. Trete jeder einzelne ein in den Kampf um die Bessergestaltung unserer Lebensbedingungen.

Der Deutsche Städtetag ist für Freitag, 11. November, zu einer außerordentlichen Tagung nach Berlin einberufen worden, um darüber zu beraten, wie die Mittel für die Gehalts- und Lohnerhöhungen, die nach dem Vorgehen im Reich auch in den Gemeinden notwendig geworden sind, aufgebracht werden können.

Lohnabkommen in der heimischen Industrie.

Das letzte Lohnabkommen, das mit Wirkung vom 1. November 1921 in Kraft treten sollte, ist nach eingegangenen Abstimmungen



Wählerversammlungen

Dienstag, den 8. November, abends 1/8 Uhr, in der Aula der 7. Volksschule, L.-Völsing

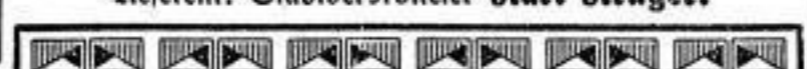
Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl.
Referent: Stadtverordn.-Kandidat Kaufmann P. Ploffe.

Dienstag, den 8. November, abends 1/8 Uhr, im Schützenhaus, L.-Sellerhausen

Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl.
Referent: Stadtverordn.-Kandidat Keimr. Gleisner.

Dienstag, den 8. November, abends 1/8 Uhr, im Gasthof, L.-Glütz

Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl.
Referent: Stadtverordneter Karl Krüger.



resultat von der Mehrheit der Arbeitererschaft angenommen worden. Der Tarifvertrag ist unterzeichnet. Lohnabkommen können in unserm Bureau noch in Empfang genommen werden.

Verband der Fabrikarbeiter.

Aktion, Kinematographen- und Film-Angebot!

In der Nummer vom 2. d. M. sind an dieser Stelle verschiedene hiesige Film-Vorlesungen namentlich aufgeführt worden, die den ab 1. Oktober d. J. gültigen Tarifvertrag noch nicht unterzeichnet anerkannt haben. Nachträglich haben wir nun festgestellt, daß die Firmen Althoff u. Co., Bayerische Filmgesellschaft, Segall, Straßburger u. Co., Terra und Woerner den Vertrag schon unterzeichnet hatten. Diese wichtigen Dokumente waren aber beim Zentralverband der Filmverleiher liegen geblieben, so daß diese Firmen infolge eines Verzeichnisses in die Liste aufgenommen worden sind. Die Firmen Sächsischer Kunstfilm und West-Film sandten uns den unterschrieben vollzogenen Vertrag noch direkt zu.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Der Lohnkampf der Fleischergehilfen.

Der Demobilisierungskommissar hat es abgelehnt, den Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses für verbindlich zu erklären. Die Gelben und die mit ihnen verbündete Innung werden jubilieren. Dadurch wird aber die Lohnbewegung in ein völlig anderes Fahrwasser gedrängt. Es wird jetzt notwendig, den Kampf der in den Kleinbetrieben Beschäftigten auf alle im Fleischergewerbe Beschäftigten auszudehnen. Alle Weisheit des Demobilisierungskommissars wird an dem Willen und der Opferbereitschaft der Fleischergehilfen auch in den Großbetrieben scheitern. Treten Störungen in der Fleischversorgung ein, dann können sich die Leidtragenden bei der Innung und dem Demobilisierungskommissar bedanken.

Um ihrem Vorgehen noch besonderen Ausdruck zu geben, hat die Fleischereinigung den paritätischen Arbeitsnachweis aufgelöst. Die Herren der Innung haben wahrscheinlich alles, was sich vor drei Jahren abspielt hat, vergessen.

An die Bevölkerung rufen wir das dringende Ersuchen, in den gesperrten Geschäften nichts zu kaufen.
Zentralverband der Fleischer.

Die Einigung im Berliner Kellnerstreik.

Die Entscheidung im Streit der Gasthausangestellten ist gefallen. Nach fünfwöchiger Dauer des Ausstandes ist es endlich dem Eingreifen verschiedener behördlicher Stellen gelungen, ein Schiedsgericht zu bilden, dessen Urteil anzunehmen sich beide Parteien vorher verpflichtet hatten. Dieses Schiedsgericht trat am Sonnabendvormittag zusammen. Die Beratungen kamen erst spät nach Mitternacht zum Abschluß.

Die Kellner in Bier-, Saal- und Gartenlokalen erhalten ein monatliches Garantiegehalt von 1600 Mark, in Weinrestaurants und Cafés ein solches von 1800 Mark. Auf die verabsorgten Speisen und Getränke wird ein Zuschlag von zehn Prozent erhoben, der gesondert in Rechnung gestellt wird. Von diesen zehn Prozent erhalten die Kellner zunächst die gehaltliche Garantiesumme. Am Ende des Monats wird der Ueberschuss gleichmäßig auf sämtliche Kellner des Betriebes verteilt. Die Speisen- und Weinkarten erhalten einen Aufschlag, wonach zehn Prozent Bedienungsgehalt erhoben wird und dem Personal kein Trinkgeld mehr zu geben ist, da es fest entlohnt wird und ihm die Annahme von Trinkgeldern verboten ist.

Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Lokale sind so schnell, als es technisch möglich ist, in Betrieb zu setzen. Angehörige, die an Ausschreitungen beteiligt waren, werden nicht wieder eingestellt.

Versammlungskalender.

Montag, den 7. November:
Metallarbeiter Norden, Vertrauensrat usw., Grüne Aug 7 Uhr.
Metallarbeiter Norden, Vertrauensrat usw., Aktion-Ausschuss 5 Uhr.
Gemeinde- und Staatsarbeiter, Volkshaus 1/2 7 Uhr.
Proletarische Freidenker, Kahlers Behläle.
Volksspielbund, Stadt Hannover 6 Uhr.

Dienstag, den 8. November:
Wählerversammlung, Gasthof Glütz 1/8 Uhr.
Wählerversammlung, Schützenhaus Sellerhausen 1/8 Uhr.
Wählerversammlung, Völsing 7. Volksschule 1/8 Uhr.
Bauklemmer, Vertrauensmänner, Volkshaus 1/8 Uhr.
Gelbmetallindustrie, Volkshaus 1/2 7 Uhr.
Straßenbahner, Fellenfeller 1/8 Uhr.
Eisenbahnerverband, Gasthof Neustadt 6 Uhr.
Rittenmacher, Volkshaus 6 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Schillerschlösschen
L.-Gohlis, Mendelstraße, Straßens. 6, 12, 13, 20.
Seute von 7 Uhr an
Grosser Damen-Ball
Abwechslend Damen- und Herren-Engagement.
Das ist Betrieb!

Gasthof zur Linde
Deßlich
Seute Montag Driskirmes von 6 Uhr an
Große Ballmusik.

Blumensäle.
Täglich abends 1/8 Uhr
Künstler-Kabarett.
Sonntags 2 Vorstellungen. * 4 Uhr u. 1/2 8 Uhr

Nachtfalter
Hainstrasse 18
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Kabarett.

JACOBY-BOY
HALPAUS RARITÄT
Die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten.
SPECIAL 60 Pfg
EXTRA 70 Pfg
DELIKAT 80 Pfg
LUXUS MK. 1,-

Einmal 1/2 5, Ende 11 Uhr.
Rindensfels
Karl-Deine-Strasse 50 Fernruf 18195/96
Morgen Dienstag:
Ossi Oswald
im Lustspiel in 5 Akten
Amor am Steuer
Der Mann aus dem Westen
Drama in 5 Akten
Radolfszell. Naturaufnahme

Eilenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96
Morgen Dienstag:
Graufige Nächte
Fabelhafte Glanzleistungen eines Zwerges.
5 Akte mit
Edith Posca — Alfred Abel
Das kommt von der Liebe
Lustspiel in 3 Akten mit
Arnold Riedl
Schwarzwaldbahn. Naturaufnahme

Billige Korsetts
Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von meinen oder auch zugegebenen Stoffen
Hainrichs, Leinza-Schloußla, Könnertstr. 15. 1

"Frühzeit"

Ein Protektor-Autobiographie

Von Oskar Maria Graf

15]

Nachdruck verboten.

Mit meinem Zimmernachbarn wurde ich mehr und mehr...

Die Leute waren viel härter, viel gewandter als ich...

Er gab mir allerhand Ratschläge, ich ging auf die...

Die Polizei kam von da ab alle Sonntage früh um acht...

Ich hatte oft kaum Brot, hungerte viel. Alle Tage ging...

Acht Tage bevor ich auszog, kam plötzlich wie aus den...

Er wußte alles. Emma und Theres hatten ihn heimlich...

(Fortsetzung folgt.)

Ein holländischer Romanschriftsteller

Vor dem Weltkriege glaubten viele Schriftsteller des Imper...

Auf geistigen Gebieten vollends kann von einem derartigen...

Die Geschichte des kleinen holländischen Staates ist ein leu...

ichon aus den Namen Spinoza und Rembrandt. Von einem solchen...

Weniger vertraut als das Holland der Kunst und Philosophie...

Die Uebersetzungen seiner Romane: Das Reich Gottes in...

Drei Quellen haben die Romane Bruggens gespeist. Die erste...

Dieser zweite Roman Bruggens hat als weitere Voraussetzung...

Dass sich Bruggen, der meines Wissens Kunstkritiker ist, ble...

E. J.

Kleine Chronik

Schauspielhaus. (Die Fahrt ins Blaue.) Dieses Lust...

der sieben Großmutter mit ihrem geliebten Vetter doch noch...

3. Gewandhauskonzert. Ein deutsches Requiem von...

Die Kunst des Barock. Ueber dieses Thema spricht in einem...

Im Königsparadeplatz wird dieser Tage der Schlußabend un...

Schauspielhaus. Unter dem zusammenfassenden Titel Nord...

Der Ortsausflug zur Pflege des Lichtspielwesens veranstaltet...

Städtisches Kunstgewerbe-Museum. Am Dienstag, dem 8. No...

Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie (Leip...

Eingelieferte Schriften

Hermann Kohleder: Sexualpsychologie. Paul Hartung, Verlag...

Neues Theater.

Wagners Opern. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1418. Montag, den 7. November: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut...

Altes Theater.

Richard-Wagner-Abend. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1418. Montag, den 7. November 1921

Doppelstüchlein.

Wagners Opern mit Gesang in 6 Akten von Ludwig Angenberger. In Szene gesetzt von Dr. Adolf Windt.

Neues Operellen-Theater.

Wagners Opern. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2494. Montag, den 7. November: Vorstellung für den Leipziger Arbeiterbildungsbund...

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut

Konzert. Serie C. Sämtliche Bezirke. 6. Anrechtskonzert Zoologischer Garten, Sonntag, den 13. Novbr., vormittags 11 Uhr: Symphonie-Konzert (Scherchen).

Im Monat November finden Sans-Sachs-Abende wie folgt statt: Sonnabend, den 12. Nov. in Engelsdorf, Gasthof...

Krystall-Palast Theater. November 1921. Täglich abends 7/8 Uhr: Grosser, glänzender Varieté-Spielplan.

Bollenberg Varieté. Anfang 8 Uhr. Erstes Gastspiel in Europa nach 7jähriger Abwesenheit. Sylvester Schäffer (Persönliches Auftreten).

Theater. Anfang 8 Uhr. „Ein Weib aus dem Volke“ Gemälde aus dem Volksleben in 5 Aufzügen von d'Ennery und Mailhau.

Mittwoch, 9. November, abends 7/8 Uhr im Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32. Revolutions-Feier. Mitwirkende: Paul Michaels Chöre Herr Wilh. Engst, vom Leipziger Stadt-Theater und G. Schütze-Künstler-Quartett.

Heute 7 Uhr: Gangsfouci Gr. Jimmy- u. Jazz-Abend. Doppelorchester: Günther Gobiens.

Gebrüder Erckel. Wir bringen hiermit unsern Freunden u. Gönnern zur gefl. Kenntnis, daß wir nach Ausscheiden unsres Ökonom Herrn O. Biermann die Bewirtschaftung unsrer Weinstuben Erckels Keller, Markt 4 (im Meßamt „Alte Wage“) selbst übernommen haben.

3 Mohren Heute Großes Biedermeierfest 7 Uhr Heiterer Ballabend vor 100 Jahren

Lichtspiele Alberthalle. 12 Akte Ab Dienstag, den 8. November Doppelprogramm !! 12 Akte Das große Radiumgeheimnis. Viertes Teil. 7 fabelhafte Akte voller Sensationen und Spannung. 7 gewaltige Akte atemberaubend und spannend. Der Ueberfall auf den Stahltesor. Außerdem Die Maske als Skelett. Italien. Detektiv-Sensationsfilm in 5 hervorrag. Akten.

Leipziger Schauspielhaus. Montag, den 7. November 1921, abends 7 1/2 Uhr. Wie es Euch gefällt. Auffspiel in 5 Akten von Shakespeare, Uebersetzung von Hans Hofbe.

Kleines Theater. Telefon 12800. Montag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr. Die Hochzeitsreise. Auffspiel in 4 Akten von Robert Benedig.

Leipziger Puppenspiele. Dienstag, 8. November, 5 Uhr: Schneewittchen. 8 Uhr: Großer Sondersabend Genoveva.

Drei Linden. Täglich abends 7/8 Uhr DER GROSSE EXOTISCHE SPIELPLAN 11 NEUHEITEN! 11. Neu für Leipzig: Kris Baldu, 2 Wahlert. Neu für Deutschland: Russisch. National-Ballett Kawkas. 5 Solotänzerinnen, 5 Solotänzer.

Apollo Variete. direkt am Bayrischen Bahnhof. Täglich abends 7/8 Uhr. Monat November Der Schlager 12 der Saison 12. Welt-Attraktionen des modernen Varietes, u. a. Franz Radotzky mit seiner dressierten Löwengruppe.

Deutsches Haus, Lindenau. Dienstag, den 8. Novbr., abends 7/8 Uhr. Seidel-Sänger. Das großartige Eröffnungsprogramm.

Öffentliche Wählerversammlungen

L.-Döbnitz. Aula der 7. Volksschule. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter-Kandidat Kaufmann Paul Plötke.

L.-Sellerhausen. Schützenhaus. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadto.-Kandidat Heinrich Gleißner.

Glünz. Gasthof. Dienstag, den 8. November, abends 7/8 Uhr: Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter Karl Krüger.

Dölzig. Gasthof zum Goldenen Hirsch. Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr. Referent: Lagerhalter Zauich.

Kopf- und Handarbeiter von Leipzig! Erkennt die Bedeutung dieser Wahl! Kommt in die Versammlungen, um unsere Wege und Ziele kennen zu lernen.

U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Leipziger Bücher-Ramisch-Halle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Iddelinger Tor.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendbücherei.
Große Auswahl billiger Preise. Kein Kaufzwang. 1. Verkauf von Büchern außer Zeitchriften u. Schulbüchern.

Revolutionsfeier - Markranstädt.

Mittwoch früh 10 Uhr
in der Guten Quelle. Thema: Die Bedeutung des 8. November.
Referent: Genosse Hermann Müller, Landtagsabgeordneter.
Abends 7/8 Uhr findet im Saale der „Guten Quelle“ eine künstlerische Feier statt, bestehend aus Konzert, Rezitation und Gesang.
Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, sich vollständig an den Veranstaltungen zu beteiligen.
Der Bildungsausschuss Ortsverein Markranstädt.

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden vorzukommenden Bedarf werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist besonders geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Massenauflagen.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft
Tauscherstraße 19/21
Telefon 4296

Tapeten, Rolle 1.00 an
Borio, Meter 5 Pfg. an 100 Brlm. 1/2 25.—
Geschäftsumschl. 100 3/4
Wachstuchreste billig.
Tapeten-Körner
Eisenstraße 54, Ecke Körnerstr.
Kein Laden!



Wer Geld sparen will!
Große Auswahl elegant. **Ulster/Schlüpfer Anzüge** Erlos für nur exorbitante Qualitäten zu noch alten Preisen. **WILH. Garbade, Dorotheenplatz 2** Fernsprecher 15080.

Läuse flöhe Schwaben Holzwanzen
beseitigen Sie unter Garantie in 1/2 Stunde mit **Wald**
zu haben: **Leipziger, Taldrogerie J. Achenbach, Talstr. 12b.** Vertreiben Sie nur **Wald**.

ANDRES
Läubchenweg 55.
Inserate sind nicht an die Redaktion sondern an d. Expedition d. Leipziger Volkszeitung zu richten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Donnerstag, den 10. November 1921
Schweinemarkt in Brandis.
Tausch. Dienstag, den 8. November 1921, vormittags 8-11 Uhr, Brennholzverkauf, Km 92 Mt. Der Stadtrat.

Donnerstag, den 10. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Kolonnenstr. 1. Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Arbeitsnachweisfrage. Die Brandenkleitung.

Donnerstag, den 10. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Restaurant Schwarze Kamin, Kreuzstraße 14. Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Betriebsangelegenheiten. Die Brandenkleitung.

Sonntag, den 12. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Café Tagesordnung: Vortrag über die Entwicklung der Wertverhältnisse und deren Bedeutung. Die Delegierten und Betriebsräte sind verpflichtet, das ein jeder Lehrling erscheint. Die Lehrlingskommission.

Holzarbeiter-Verband

Achtung, Kistenmacher. Dienstag, den 8. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Kolonnenstr. 1. Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Arbeitsnachweisfrage. Die Brandenkleitung.

Stellmacher der Kleinbetriebe und Fuhrgeschäfte. Donnerstag, den 10. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Restaurant Schwarze Kamin, Kreuzstraße 14. Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Betriebsangelegenheiten. Die Brandenkleitung.

Holzarbeiterlehrlinge und deren Eltern. Sonntag, den 12. November 1921, abends 6 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Café Tagesordnung: Vortrag über die Entwicklung der Wertverhältnisse und deren Bedeutung. Die Delegierten und Betriebsräte sind verpflichtet, das ein jeder Lehrling erscheint. Die Lehrlingskommission.

Öffentlicher Lichtbilder-Vortrag

Der Siegeszug der Feuerbestattung
ihre Vorzüge und Fortschritte
Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gesellschaftshauses, Excelsior, Tauscher Str. 21. Eintritt frei!
Seidemann willkommen.
Berein für Feuerbestattung (Zur. B.) zu Leipzig
Geschäftsstelle Kreuzstraße 14.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tüchtige Wildwaren-Zurichter und Maschinen-Arbeiter (Falzer) per sofort gesucht
Rödiger & Quarch, G. m. b. H. Möckern Reuningstr. 4-8.

Wir suchen für unsere Abteilung Eisenbau für sofort
3 ältere Schlosser für Bau von Nahförderern
4 Elektromonteur
3 ältere Schlosser für den Bau von Lauf- und Drehkränen u. Elektro-Hängebahnen u.
2 tücht. Kranführer
ATG ALLGEMEINE TRANSPORTANLAGEN-GESELLSCHAFT M. B. H. MASCHINENFABRIK LEIPZIG - GROSSZSCHÖCHER

Wir suchen für dauernde Beschäftigung
2 Schlosser als Werkzeugschleifer
6 Blech- oder Maschinen-Schlosser
1 Werkzeug-Schlosser
Fahrgehalt wird verzütet.
Deutsche Patent-Grundeisen-Fabrik Walter Bieschel & Co. m. b. H., Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Tüchtige Werkzeugmacher Maschinen-Schlosser Hobler
Bösdorfer Maschinenfabrik und Eisengießerei
vorm. J. A. Wiedemann, G. m. b. H. Bösdorf-Leipzig.

Tüchtige Dreher sofort gesucht
Bekawerk, G. m. b. H. Maschinenfabrik Tausch-Leipzig.

Tüchtige gelernte Kürschner für Bantarbeit gesucht.
Willh. Jente, G. m. b. H. Rauchwaren-Zurichterei und Kürberei L.-Studenan, Angerstr. 44.

Tücht. Schleifer f. Fahrrad teile und Bügelteile, jung. Helfer für Vernichtung von altem, lüchtl. für 1. Des. 21. **Ruhhardt, Gutsbehl, Störzthal** Straße 39/41. Tel. 41 188.

Tüchtigen Geschirrführer im Alt. v. 17-19 J., der mit all. landw. Arbeit vertraut ist, lüchtl. für 1. Des. 21. **Ruhhardt, Gutsbehl, Störzthal** Straße 39/41. Tel. 41 188.

Wir suchen s. sofort. Eintritt durchaus perfekt
Oberhemden-, Kragen- u. Knopfloch-Näherinnen für Kraftbetrieb
S. Wang & Co., Herrenwäsche-Fabrik Leipz. Dörrienstraße Nr. 4.

3. m. Platan., Gießerstr. 22, pt. 1.
Maschinen-Strickerin aus d. Branche gel. **E. Müller, Lindenau, Werleburg-Str. 39, 3a.** Aufwartung f. vorm. gel. **Karl-Deine-Str. 64, I. W.**

WO kauft man am reellsten und billigsten?
Zur billigen Kleiderhölzer Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge v. 150 (Friedensw.) von Herrschaften abgelent einzelne Jacketts und Hosen. Winterüberzieher, Schlüpfer, Joppen, Wälder, Kleider, Blusen sportbillig.

Verkäufe
Damen-Schuhe, getragen, zu verkauf. Krönerstr. 25, I. Etg.
Habe neu und getragen Anzüge à 180.— Mark
Hosen auffallend billig
Ulster 150.— Mark nur aus prima Stoffen Gummimäntel Joppen..... Schuhe usw.
Kanner Eisenbahnstraße 5. Habe keine Filialen.

Wirklich billig in gut
Kaufen Sie **Herrn Garderobe ANZÜGE SCHLÜPFER ULSTER** in bar und Teilzahlung
Baumgärtel Königsplatz 9

WO kauft man am reellsten und billigsten?
Zur billigen Kleiderhölzer Turnerstr. 3, b. Selinger
Anzüge v. 150 (Friedensw.) von Herrschaften abgelent einzelne Jacketts und Hosen. Winterüberzieher, Schlüpfer, Joppen, Wälder, Kleider, Blusen sportbillig.

Trotz alledem bin ich noch billig
stolgender Preise bei großer Auswahl und empfehle:
Schlüpfer, Ulster Paletots, Joppen f. Hosen - Anzüge Kindergarderobe Herren-Anzüge aller Art Gehrock, Frack- u. Smoking-Anzüge, Klapp- u. Zylinderhüte auch leihweise
WADEWITZ Windmühlenstr. 33, I. kohnLaden, nur 1. Etage
Von Herrschaften wenig getr. so gut wie neu, u. neue Herr. Dam. u. Kn. Garderobe aus feinst. Stoff. hergeit. lauf. Sie, wie altbekannt, gut u. bill. nur d. Nummer, Reichstr. 14, Tr. 13.

Ausschnitten:
Anzüge Paletots, Schlüpfer Cutaway, Gehrock sportbillig, bar und Teilzahlung!
Martin Hahn **Johannisplatz 8** (hintor d. Kirche) und **Demmeringstr. 72, II. I. u. Lange Str. 10, I.**

! Bon Herrschaften! wents getr. Herren- u. Damen-Garderobe, Kostüme Kleider, Mäntel, Röcke, Blus., Schuhe, Federbetten z. billig. Preisen **Kantstädter Steinweg 26, I. I.**

Reelles Christlich Etagengeschäft noch billige Preise **Anzüge, Hosen Zoppen, Westen Paletots, Schlüpfer** Prima Loden-Mäntel nur bei Räte Zieme **Sporengäßchen 10, I. Etg. Kein Laden.**

Spotbillig! Getragene und neue **Ulster Schlüpfer Anzüge Hosen** Militär-gestrelte schwarze Arbeiter- nur prima Qualitäten u. a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigsten **Kanner**

nur Eisenbahnstr. 5. Habe keine Filialen.
Gebr. Herren- Ueberzieher. (Gr. 172) starke Figur, einige gebr. Frauen-Jackets of bill. Bl. **Weihenfelder Str. 2, I. r. 20. Plant., 11. Fl. 200. r. Co. Cöthnerstr. 44, pt. r. Woell**

Crépe de Chine- und andere Blusen noch zu alten Preisen f. **Etagengeschäft, EisaSchulz** **Martingartenstr. 8, III. Gartenstr.**

Schlaf-Decken, 32, 42, 45, 55 Mark **Beitdamast-, Bettuch-, Hand- und Wischtücher, Schürz-, Taschentücher, Hemdentuch und Flanell** **Nikolaistr. 10, I. Oldag, Keln Laden.**

Kaufgejuche
Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen f. Gehrock - Anzüge, Betten, Bett-u. Leiden, Leibhausch., Militär-Stiefel und Schuhe, Kint, Kanstische Gasse 6, pt. Straßenbahn d. Battenberg.

Alt. Gold u. alt. Silber Platin, Uhren, Ketten, Ringe kauft **Max Israel, Uhrm. Vromenadenstr. 5, Lad.**

Messing, Rotg. Kupfer, Zink, Hartblei kauft kleine Posten **Feldstr. 22, Hof, Iks.**

Aufruf an Alle! Ich kaufe und hole ab Zeitungen, Bücher, Nisch, Lumpen, Neutuchabfälle, Kupfer, Messing, Blei, Zint, Eisen und Flachsen.
Steinbrecher, Lindenthaler Straße 36 Telefon 51 283.

Schafwolle gem. u. ungem. kauft **Bogels Einkauf-Zentrale** **Safobstraße 6.**

Felle kauft **Rosenzweig** **Hallsche Straße 12.**

Ziegen Hasen Kanin sowie sämtliche anderen rohen Felle kaufen ständig
J. & J. Wagner **Brühl 21, Tel. 9980**

Ziegen-, Kanin-Halen-Felle kauft **Bogels Einkauf-Zentrale** **Safobstraße 6.**

Roh-Felle und Wildwaren spez. **Ziegen Kanin Hasen** kauft zu höchsten Tagespr. **Is. Grünes, Leipzig, Plauensche Str. 5, pt.** Tagespreis-Tabelle im Lager einzusehen.

Felle all. Art kauft **Recher** **Safobstraße 29, II. Tel. 15690, u. Eisenbahnstr. 69 (Laden).**

Dachshund schwarz, Steuer Nr. 5873, entl. gegen hohe Belohn. abzugeben. **Röblius, Artilleriestr. 18, I.** Grb. Schw. Hund entl. langhaar. **Kaundörfer 18, I. (fs.**

Schäferhund schwarz, Rücken, grauen Hals, halbsteife Ohren, hängende Rute, bellt
Alfa ist auf Postbesorgung **Hartfortstraße entlaufen** für **Serbeischaffung** zahl
300 M. Belohnung Bei **Unterbringung** bestk. **strengsten** **Strafandro.** **Ausf. an J. Stein, Wälder-Passage, Laden 9.**

Sämtliche Uhr-Reparaturen gut und preiswert
Rehla & Wina **Veterstr. 44, Großer Reiter.**

Ihr Anzug wird wieder wie neu ge- **reimt u. gebüchelt** für **25 Mt.** **Abholung** und **Sendung** frei. **Postkarte** genügt an **Wälderei Umling, Leipzig-Döllitz.**

I. Berleib-Institut feiner Gesellschafts-Anzug **J. Kindermann** **Neumarkt 1, I. Treppen.**

Wohnungen Mädchen mit eig. Bett lüchtl. schlüft. m. Dien. **H. u. 48. E. Btl. Wälderei** **Str. 30.** **Chapar** lüchtl. einl. leer. **3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.**